

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepfalt. Colonzelle für Arbeitsgenstände 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Ausbauer.

Ausbauernd müssen wir sein, nicht unbefähigt hin und her schwanken, wie das Schiff am Wasserufer, das jetzt noch aufrecht steht und dann schon schwach nach allen Seiten hin zur Erde sich neigt. Ausbauer verlangt höchste Kraftentfaltung. Es ist oft leichter, sich zur Höhe emporzuarbeiten, als sich dauernd oben halten. Auf der Höhe pfeift der Sturm stärker, als in den Niederungen, und der Gang ist jäher und der Wsturz schneller.

Ausbauernd müssen wir sein in dem Streben nach Höherentwicklung unserer Persönlichkeit. Viele nehmen wohl einen Anlauf, sind aber zu schwach um durchzuhalten. Wie mancher hat schon die bösen Gewohnheiten abgeschworen und auch wochen-, vielleicht monatelang seinen Schwur gehalten, dann aber ließ er nach in der Ausbauer des Kampfes und stürzt tief danieder. Ausbauer erfordert Stärke, Helbenmut. Ausbauer stempelt zur charaktervollen Persönlichkeit.

Ausbauer verlangen die Mitmenschen, verlangt die menschliche Gesellschaftsordnung von uns. Von Dauer soll die Liebe zu unserer Familie sein, von wankellosem Bestande unsere Treue gegen unsere Freunde.

Eiserne Ausbauer muß unser Wirken im Dienste der menschlichen Gesellschaft beweisen an der Stelle, wo uns die Vorsehung hingestellt hat. Unermattet müssen wir kämpfen für den Fortbestand einer guten Gesellschaftsordnung und Feind bis ans Ende jedem Ansturm des Umsturzes gegenüber bleiben. Wir werden bald überrannt werden, wenn wir müßig die Hände in den Schoß legen. Es gibt keine Ruhepause, der Gegner wird sie bald als Blöße ausnutzen und uns jählings überrumpeln.

Unsere Mühe um unsere eigene Stellung im Gesellschaftsganzen, unser Ringen um unsere guten Tugenden, wird nur durch rastlose Ausbauer von Erfolg begleitet sein. Zeigen wir darum auch niemals Müdigkeit und Lässigkeit bei der Mitarbeit in unserem christlichen Metallarbeiterverband, der für uns die gegebene Stätte unserer Wirksamkeit im Gesellschaftsorganismus ist. Nur Ausbauer kann uns hier wie übera II zum Siege verhelfen.

Der „falsch verstandene Darwinismus“ und die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie und ihre Presse sind die grimmigsten Feinde des Gottesglaubens und des Christentums, Religionshaß und Atheismus in die Massen zu bringen, dünkt ihnen als höchst erstrebenswertes Ziel. Vor allem das Christentum suchen sie den Massen zu vererben, und es für alle Sündtaten, Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten auf der ganzen weiten Welt verantwortlich zu machen. Eifrig werden alle Entgleisungen einzelner Vertreter des Christentums zusammengetragen, entstellt, aufgebauscht, auch oft erlogen um in den Vertretern letzteres selbst herabwürdigend zu können. Das geschieht alles unter dem Vorgeben, den Arbeitern damit einen Dienst zu erweisen. Jedes zutage getretene Unrecht wird höhnisch glossiert mit dem Hinweis auf die „gottgewollte Ordnung“.

Von den Wohltaten und Segnungen des Christentums für die Menschheit und besonders für den Arbeiterstand wissen die sozialdemokratischen Massen nichts. Wird ihnen doch jahtaus, jahtaus das Christentum als ihr schlimmster Feind vorgestellt. Damit hat die Sozialdemokratie in Millionen Arbeitern eine Stimmung des Hasses gegen Gottesglauben und Christentum erzeugt, der kaum noch überboten werden kann. Der Satz Religion ist Privatsache dient nur als Phrase, auf diejenigen berechnet, „die nicht alle werden“.

Besonders ist die Sozialdemokratie eifrige Anhängerin der „Affentheorie“ und des Darwinismus. Darwin und Häckel sind ihre neuen „Glaubensboten“ und die von ihr am meisten verehrten „Kirchenväter“, aber nur soweit, als es ihr in den Kram paßt. Wo der Darwinismus beginnt, ihr gefährlich zu werden, kann sie auch anders. Dann redet man vom „falsch verstandenen Darwinismus“, dann soll die „Entwicklungslehre“ plötzlich halt machen. Besonders wenn das sogenannte Herrenmenschtum, das sich in seiner Anschauung auch auf den Darwinismus stützt, zu anderen Resultaten kommt, wie die Sozialdemokratie.

Einer dieser Vertreter ist der Amerikaner Carnegie. Dieser Name dürfte auch unsern Lesern bekannt sein. Es ist der Gründer des größten Unternehmens der Welt, des amerikanischen Stahltrustes, zusammen als eine Milliarde Vermögen hat dieser Mann zusammengehäuft. Als echter Monarch fühlt er sich frei von sozialen Pflichten.

Ihm sind die Arbeiter nur Werkzeug, nur Mittel zum Zweck, Reichtümer zu schaffen. Nirgendwo herrscht der brutale, nackte, rücksichtslose Kapitalismus mehr, als im Lande des Dollars, in Amerika. In keinem Lande ist weniger zum Schutze der Arbeiter gesehen wie dort, nirgendwo ist die Forderung mehr im Schwung und nirgendwo ist für die franken und invaliden Arbeiter weniger gesorgt, wie in Amerika.

Carnegie hat etwas von der Entwicklungstheorie vom Darwinismus gelernt. Seine Anschauungen sind die eines rücksichtslosen Herrenmenschen, dem die Masse nur „Austurbünger“ ist, zur „Züchtung höherer Arten“. Dieser Stahlkönig hat sich jetzt ins Privatleben zurückgezogen, wo er sich als der große Wohltäter aufspielt. Mit Millionen wirft er um sich in Gründungen von Universitäten, Forschungsinstituten, Volksbibliotheken etc. Daß uns diese Art „Wohltätigkeit“ nicht imponieren kann, besonders wenn diese Mittel aus dem Marke der Arbeiter herausgepreßt sind, sei nur nebenbei hervorgehoben.

Carnegie ist jetzt auch unter die Schriftsteller gegangen, um die Welt mit seinen „Friedensbestrebungen“ und sozialen Anschauungen zu beglücken. Daß die Meinung eines Mannes, der es bis zum Milliardenär gebracht hat, in der Öffentlichkeit Beachtung findet, ist selbstverständlich. Durch einen Teil der Kapitalistenpresse ging vor kurzem ein von Carnegie unterzeichneter Artikel, betitelt: „Genie und Masse.“ Wie geringschätzig Carnegie über die Bedeutung der Masse des Volkes urteilt, mögen einige Sätze aus dem Artikel dartun, es heißt da u. a.:

„Nur durch Auswahl und Züchtung einer Besonderheit, einer möglichst großen Abweichung vom gewöhnlichen Typ, werden höhere Arten gebildet. Im Zustande der Barbarei war der Stärkere der Erste, später im Zustande der Zivilisation wurden die Geistesriesen die Führer, von denen jeder nur einige wenige Werkzeuge in der Menschheitsgeschichte genützt sind. Deren Arbeit und Beispiel die Menschheit auf die jetzige Höhe emporgehoben hat. — Das „Ableiben des Passivsten“ bedeutet nichts anderes, als daß besondere Anlagen, Tere oder Menschen, die über das gewöhnliche Maß hinausragen, die treibenden Kräfte werden, die alles befruchten. — Wie in der Natur so im Menschenleben! Es ist alles aus bester Bestellung, wenn nur jeder die Freiheit hat, seinen Beruf selber zu wählen und sein Leben auf seine Weise zu leben.“ — Am Schluß meint Carnegie: „Fortschritt ist der Endzweck des Daseins und jenseitwegen sind wir da. So ist es immer gewesen von der Zeit an, wo sich die Erde abkühlte und Leben in Erscheinung trat, bis heute, immer hat sich das Höhere aus dem niederen entwickelt. Das ist unsere göttliche Mission, daß jeder einzelne dazu berufen ist, seine Zeit zu fördern, um der folgenden Generation bessere Lebensbedingungen zu schaffen als die vorherige besaß. Und niemand unter uns darf sagen: Nun ist genug getan; erst am Ende seines Lebens darf er sagen: durch meine Bemühungen sind jene Menschen, jene Schöpfungen etwas besser dran. Von diesem Ruhm ist niemand ausgeschlossen, auch der niedrigste nicht, denn ein jeder kann dem anderen den besten Teil seines Selbst geben und ohne Anspruch auf Ruhm und Ehre dem anderen etwas Freundlichkeit und Liebe schenken.“

Daß die Menschheit doch noch einen anderen Daseinszweck hat, als nur Dünge für den „Fortschritt“ abzugeben, hätte Herr Carnegie aus dem kleinen Katechismus erfassen können, der den sechsjährigen A-B-C-Schülern in die Hand gedrückt wird. Wie öde und nichtsagend ist die Phrase vom „Fortschritt“. Armer Arbeiter, wenn du keinen anderen Daseinszweck hättest, was kann es dir nugen, wenn du trotz der größten „Fortschritte“ elend zu Grunde gehst.

Wir, vom gläubig christlichen Standpunkte, sind in der Lage, die Anschauungen eines Carnegie weit von uns abzuweisen; der Sozialdemokratie aber, wenn sie konsequent sein will, ist es nicht möglich.

Die sozialdemokratische Presse sucht sich über die „Weltanschauung“ eines Carnegie folgendermaßen hinweg zu helfen:

„Das ist die Sprache eines Weltweisen und Menschenfreundes, der die Kenntnis der sozialen und natürlichen Entwicklung mit tiefem sozialen Empfinden vereinigt. So sieht es. In Wirklichkeit ist es das wohlklingende Schlusstück zu einer sozial höchst verwerflichen und wissenschaftlich durchaus unhaltbaren Weltanschauung, der Weltanschauung des kapitalistischen Weltmenschen, den Carnegie auch nicht verleugnet, nachdem er sich vom Geschäft zurückgezogen hat. Carnegie gründet seine soziale Auffassung auf einen falsch verstandenen Darwinismus, wonach der Kampf ums Dasein mit dem Recht des Stärkeren auch auf die Menschheit zutrifft, wonach auch hier die Masse nur dazu da ist, um dem „Genie“, den „Ausnahmenaturen“ in die Höhe zu helfen.“

Es ist geradezu ergötzlich, wie die Sozialdemokratie in ihrer Hilflosigkeit nichts anderes zur Entkräftung aufzuführen weiß, als einen falsch verstandenen Darwinismus“. Ja, wenn aber Carnegie und alle „Genies“, „Geistesriesen“ und „Ausnahmenaturen“, den Darwinismus richtig auffassen, was dann?? Carnegie hat zweifellos die Konsequenz auf seiner Seite. Es gibt nur ein entweder oder: Entweder die Menschheit erkennt einen überirdischen, allmächtigen Schöpfer an, wie

es in dem apostolischen Bekenntnisse so schön ausgedrückt ist in dem Einleitungssatz: „Ich glaube an Gott Vater, den allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erde“ usw. Dann ist nicht der einzelne, sondern die ganze Menschheit, nicht bloß die „Genies“, sondern auch die „Massen“, die „Krone der Schöpfung“, dann ist die Menschheit der höchste irdische Schöpfungsakt, deren Endbestimmung in einer anderen Welt liegt. Dann gibt es keine Herren und kein Uebermenschtum. Es verschwinden dann die kleinen körperlichen oder geistigen Vorzüge des Einen gegenüber dem Andern in Nichts, gegenüber der großen Würde und Bestimmung der gesamten Menschheit. Dann sind die körperlichen und geistigen Vorzüge einzelner nur kleine Hilfsmittel, die in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, jeder verpflichtet ist. Verpflichtet ist um des Schöpfers willen, der ihm diese Vorzüge gegeben hat, ohne deshalb ein Unrecht zu haben, den schwach begabten Mitmenschen auszubeuten oder herabzudrücken. In der gläubigen Auffassung der Schöpfung und der Rechte und Pflichten der Menschen zueinander, dienen die körperlichen und geistigen Verschiedenheiten zum Ausgleich, zur gegenseitigen Hilfeleistung, zur Unterstützung, zum Wohle der einzelnen, wie der ganzen Menschheit.

Wer sich aber auf den ungläubigen Standpunkt stellt wie die Sozialdemokratie, keinen Schöpfer anerkennt, sondern nur das blinde Wollen roher Naturkräfte, für den ergibt sich ein anderes.

Wenn es wahr wäre, daß alles, was wir um uns sehen, nichts anderes ist, als bloße Entwicklung der Naturkräfte, dann muß dieser Entwicklungsprozess weiter gehen und kann auch bei den Menschen nicht halt machen. Es muß sich auch hier eine Weiterentwicklung vollziehen und zwar auf Kosten der Schwachen und Hilflosen, da haben Carnegie und Genossen die Konsequenz auf ihrer Seite. Die große Masse des Volkes gehört nicht zu den „Genies“, den „Ausnahmenaturen“ und würde dann nur dazu dienen zur „Züchtung und Auswahl“ einer „Befördertheit“. Also Kulturdünge abgeben für das sogenannte „Herren- oder Uebermenschtum“, „den Ausnahmenaturen in die Höhe zu helfen“, wie sich die sozialdemokratische Presse richtig ausdrückt. Die Sozialdemokratie schreckt vor diesen Konsequenzen zurück. Aber es gibt auch hier nur ein entweder oder. Entweder das Eine annehmen, oder das Andere. Einmal als richtig angenommene Grundsätze, — namentlich in den tiefgehendsten Fragen — setzen sich in ihrer Konsequenz durch. Mit Halbheiten lassen sie sich weder aufhalten, noch korrigieren. Auch nicht mit dem Schlagwort vom „falsch verstandenen Darwinismus“.

Die Sozialdemokratie will eine Partei der Arbeiter, der Hilflosen, der Enterbten sein. Millionen Arbeiter glauben es, und laufen ihr nach, in der Annahme, dort Hilfe zu finden.

Indem die Sozialdemokratie Gottesglauben und Christentum zerstört, ist sie die schlimmste Feindin des Arbeiterstandes, trotz alledem. Es ist keine Phrase sondern geschichtliche Tatsache, daß das Christentum die allgemeine Menschenliebe zu allererst zur Pflicht gemacht, und die arbeitende Klasse emporgehoben hat. Den Starcken wurde es Pflicht, den Schwachen beizustehen, den Reichen der Armen zu helfen und der Höchstgestellte auf dem Throne mußte auch im Vermögen und Niedrigsten seinen Mithruder anerkennen. Gestützt auf diese Lehren des Christentums, ist es dem arbeitenden Volke möglich geworden, für sein Recht einzutreten, gegen Vergewaltigung und Unterdrückung seines Standes anzukämpfen. Das Bewußtsein der Gleichwertigkeit aller Menschen hat das Christentum vermittelt. Es können Amt und Stellung ungleich sein, aber Menschenwürde nicht.

Diese Erkenntnis gibt erst dem Vermögen und Niedrigsten das Selbstbewußtsein der Gleichwertigkeit, gegenüber den Reichen und Mächtigen der Welt und verhindert, daß er innerlich zum Sklaven wird.

Die beiden großen Gebote des göttlichen Stifters des Christentums: „Du sollst den Mitmenschen lieben, wie dich selbst — und was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan“, bilden die Fundamente der Brüderlichkeit und der Menschenrechte, der Menschenwürde auch des Vermögen und Verlassensten. Diese beiden großen Gebote, bilden die höchste Wohltat, die dem armen arbeitenden Volke jemals zu teil wurde. Sie haben die Arbeit frei gemacht und die Sklavendienste gebrochen, die das arme arbeitende Volk in Jahrtausend langem Elend schleppen mußte.

Wit so ungeheurem Ernst hat Christus der Menschheit das Gebot der Nächstenliebe vor Augen gestellt, daß er es als Nichtsnur nehmer will bei seinem letzten Weltgericht.

Wer Gottesglauben und Christentum belämpft, schmiedet wieder die Sklavenketten für das arbeitende Volk.

Gewiß haben die Arbeiter auch noch mit dem Lebens Notdurft zu kämpfen, aber die Stellung der Arbeiter von heute in Staat und Gesellschaft gegenüber den Sklaven im Heidentum läßt gar keinen Vergleich zu. Rechtlos mit Leib und Leben war der Sklave der Willkür und Tyrannei seines Herrn ausgeliefert.

Das Christentum hat nicht bloß eine überirdische, religiöse, sondern auch eine soziale Seite und zwar die umfassendste, welche die Menschheit bis jetzt gekannt hat.

Indem die Sozialdemokratie das Christentum bekämpft und auszurotten versucht, begeht sie das größte Verbrechen am arbeitenden Volke, das jemals verübt wurde. Sie entzieht ihm wieder das große soziale Schutz- und Hilfsmittel, welches in den Lehren des Christentums gegeben ist, der Vorteil davon wird den „Uebennaturen“, den „Gewaltmenschen“, welche die Volksmassen nur als Werkzeuge betrachten, zu gute kommen. Zu spät werden die im sozialdemokratischen Bann und Religionshaß marschierenden Arbeiter erkennen, wo die Reise hingehet, daß sie anstatt an der Verbesserung der Arbeiterlage an ihrem Verderben gearbeitet haben.

Der beliebte Einwand, daß auch unter der christlichen Religion noch Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen vorhanden sei, kann nicht verfangen. Beantworte man die Frage: Wie würde es erst unter der Menschheit aussehen, wenn die verführenden und zur Hilfsbereitschaft auffordernden Lehren des Christentums nicht mehr ihren Einfluß ausüben könnten?

Mögen einmal die ehrlich gesinnten sozialdemokratischen Arbeiter über diese Probleme ernstlich nachdenken, und sie werden bekennen müssen, daß das Christentum nicht ihr Feind ist, sondern ihr größter Wohltäter, und daß der Haß gegen dasselbe sich an ihnen selbst bitter rächen wird.

Mögen die christlich gesinnten Arbeiter aber immer mehr erkennen, welche hohen Gut sie im Christentum besitzen, sowohl nach der religiösen, als auch nach der sozialen Seite. Sie haben alle Veranlassung, nicht nur ihrer Grundsätze treu zu bleiben, sondern auch das Christentum mit allen Kräften zu verteidigen und dafür mit Freuden Opfer zu bringen. Damit arbeiten sie zugleich auch am sichersten an der sozialen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes.

Ein Nachwort zum Kampf bei Bosch in Stuttgart.

Als unsere Kollegen im vergangenen Jahre bei der Firma Schmoelke und Co. in Reuden im Kampf standen um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, da fiel ihnen der sozialdemokratische Metallarbeiterverband schmähslich in den Rücken. Das Blatt dieses Verbandes, die „Metallarbeiterzeitung“, schrieb in ihrer Nr. 48, 1912 unter anderem:

„Aber der Kampf wäre für die Reudener Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen bewies, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirtlichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Dieses angebliche Arbeiterblatt wünschte also den Reudener Arbeitern bezügelte eine Niederlage, weil sie christlich organisiert waren. Andererseits wollte es seine Organisation, den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, in empfehlende Erinnerung bringen, als könne dieser Bäume aus der Erde reißen. Die frommen Wünsche der Metallarbeiterzeitung sind ja nun weder nach der einen noch nach der anderen Seite in Erfüllung gegangen. Statt dessen hat der sozialdemokratische Verband ein Tännis zu verzeichnen, das einzig dasteht in der Geschichte

der Arbeiterbewegung; Werftarbeiterstreik und Bosh lautet seine Inschrift. Auf letztere sei heute, wie in der Ueberschrift angedeutet, etwas näher eingegangen, weil hier der sogenannte Deutsche Metallarbeiterverband eine komplette Niederlage erlitten hat, trotzdem 97 Prozent der Bosharbeiter bei ihm organisiert waren. Dies ist um so bemerkenswerter, weil der Boshbetrieb die Elitetruppe des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, in der Verwaltungsstelle Stuttgart, stellte. Daß der rote Verband bei Bosh schalten und walten konnte, wie es ihm beliebte und wie es ähnlich nur die „Selben“ in den Fabriken treiben dürfen, dafür einige Belege:

Im Boshbetrieb herrschte bis zur verkrachten Bewegung der sozialdemokratischen Metallarbeiterverband unumschränkt. Trat ein neuer Arbeiter ein, so wurde ihm in der ersten halben Stunde das rote Verbandsbuch abgefordert vom Vertrauensmann. Befehle sind ein solches nicht, so wurde er nicht erst gefragt, ob er dem roten Verbands beitreten wolle, sondern es wurde ihm ein Aufnahmeschein in die Hand gedrückt und bedeutet, den ausgefüllten Schein mit 1,30 M. an den Vertrauensmann abzuliefern. Sträuben oder Belinnen gegen diese Diktatur gab's nicht. Dem Un- oder Andersorganisierten wurde bebietet: Im Boshbetriebe würden nur rot organisierte gebuhlet. Daß das nicht, dann hieß es: „Herr Bosh will das.“ Herr Bosh soll nämlich in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu einem Nebaleiter der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ stehen, was von sozialdemokratischen Verbandsfunktionären in ganz raffiniertester Weise für ihre Zwecke mißbraucht wurde. Half auch das noch nicht, dann traten sogar die Meister an den sich Sträubenden mit der Mahnung heran: „Gehen Sie rein in den (soz.) Metallarbeiterverband, ich muß Frieden haben in meiner Werkstatt.“ Hinzu kamen noch einige andere sehr bemerkenswerte Umstände.

Die tätigen Parteimitglieder und Gewerkschaftssozialisten befürchtete man zu Meistern. Jede Woche wurden die im Boshbetriebe benötigten 4-5000 sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitungen durch den Verbandswagen an das Fabrikportier geliefert. Der Portier nahm sie in Empfang und handigte jedem Werkstattdienstmann die benötigte Anzahl aus. Ebenso geschah es tagtäglich mit dem roten Parteiblatt der „Schwäbischen Tagwacht“. Das Parteimitgliedsblatt wurde im Betriebe während der Arbeitszeit verteilt und in gleicher Weise die Beiträge eingezogen. Keiner blieb verschont, selbst die Schreiber, Kolontäre usw. mußten „ran“, dafür sorgte die rote Kontrolle. Der Parteiporier erklärte ebenfalls wöchentlich im Betriebe und verteilt neben der „neuesten“ Parteiliteratur den „Wahren Satoh“ usw.

Bei politischen Wahlen gab es für die Bosharbeiter jedesmal eigene Betriebsversammlungen. Durch scharfe Kontrolle wurde für den nötigen Besuch gesorgt.

Im Festzug am 1. Mai mußten die Bosharbeiter vollzählig vertreten sein, sie waren kennlich an einer vorangetragenen Tafel.

Die sozialdemokratischen Verbandsbeamten konnten im Betriebe ein- und ausgehen.

Selbst die „Schwäbische Tagwacht“ (Nr. 167, 1913) schrieb während des Kampfes unter anderem:

„Es gab eine Zeit, wo die Fabrik Bosch die Zuflucht bildete für viele Arbeiter, die vom Unternehmertum geübt, brotlos gemacht und auf die schwarze Liste gesetzt waren. Es gab eine Zeit, wo Herr Bosch seine Arbeiter anständig behandelte und bezahlte und bei Gelegenheit mit den Vertretern der Organisation in zuvorkommender Weise verhandelte. . . . Herr Bosch führte aus freien Stücken den Achtstundentag ein. Er gewährte seinen Arbeitern Ferien und übernahm die gesamten Beiträge für die Arbeiterversicherung.“

Bei verschiedenen Anlässen vertrat er unverhohlen einen fortschrittlich und freisinnigen Standpunkt, so daß er allgemein im Rate eines Sozialisten stand.“

Angesichts dieses einwandfreien Tatsachenmaterials wird niemand in Abrede stellen können, daß der Deutsche Metallarbeiterverband bei Bosch schalten und walten konnte, wie es die Selben machen. Dieses Vorrecht hat er weiblich ausgenutzt und seine Reihnen nach gelber Manier gestärkt, darum auch der Zusammenbruch. In diesem Betriebe gab es nur Fanatiker und „Häckerfülle

„Hörige“, wie Wittmann-Hamburg sich einmal ähnlich ausdrückte.

In welcher rücksichtsloser Weise der soz. Verband seine Machtstellung ausnützt, mag eine Resolution beweisen die in einer Betriebsversammlung gefaßt wurde; sie lautet:

„Die Versammlung der Werke der Firma Bosch ist einhellig auf dem Standpunkt, daß es jedes in der Uebersicht der beschäftigten Arbeiter Pflicht ist, dem Deutschen Metallarbeiterverband anzugehören. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Zugehörigkeit zu einer anderen freien Gewerkschaft nur dort zulässig ist, wo der Kollege eine Funktion in der betreffenden Organisation ausübt und über die Aufrechterhaltung dieser Mitgliedschaft eine Verständigung zwischen den Organisationsleitungen stattgefunden hat. Von den organisierten Kollegen erwartet die Versammlung, daß sie Kollegen, die in das Geschäft eintreten, nur dann Beihilfen angeben lassen und Verträge mit ihnen pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt über ihre Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband nachzuweisen in der Lage sind. Kollegen, die nicht in obigem Sinne organisiert sind, werden entsprechend behandelt.“

Die Verwaltungsstelle Stuttgart des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, in deren „Sozialen Mitteilungen“ diese zum Terror auffordernde Resolution abgedruckt war, fügte derselben noch an:

„Die Durchführung dieser Resolution könnte auch für andere Betriebe nicht schaden.“

Daß unter diesen Umständen ein anders organisierter Arbeiter, der neu bei Bosch anfang, sich nicht halten konnte, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Hervorgehoben sei aber doch, daß jeder, der es wagte Widerstand zu leisten und seinen Standpunkt vertrat, entweder übertrat oder herausflog. Solche Zwangsmassnahmen allein ermöglichen es dem roten Verband mit großen Mitgliedszahlen zu prunken.

Wie bereits aus der sozialdemokratischen Tagwacht zitiert, hatte Bosch aus freien Stücken den Achtstundentag eingeführt, Ferien gewährt und die gesamten Beiträge für die Arbeiterversicherung übernommen. Nach den unwidersprochen gebliebenen Angaben des Herrn Bosch wurde im Jahre 1912 in seinem Betriebe ein Durchschnittslohn von 2044 Mark gezahlt, während er in den übrigen Betrieben der B. G. für Elektrotechnik und Feinmechanik, Sektion XI, nur 1259 Mark betragen haben soll.

Warum nun eigentlich der Kampf? Die „Schwäbische Tagwacht“ Nr. 129, 1913, gibt darauf folgende Antwort:

„In den Werken der Firma Bosch herrsche schon seit längerer Zeit eine durch scharfe Gegensätze hochgespannte Atmosphäre. Erzeugt wurde diese Atmosphäre durch das mit großem Raffinement eingeführte Arbeitssystem, das die Ausbeutung von Arbeitern bis zur Unerträglichkeit gesteigert hat. Zwei charakteristische Merkmale geben der Arbeitsweise bei der Firma Bosch ihr Gepräge: die Teilung der Arbeit und das Fließband.“

Daß diese Erklärung nicht ganz stimmen kann, liegt nach dem vorausgegangenen klar auf der Hand, es sei denn der deutsche Metallarbeiterverband habe trotz seiner Machtstellung in „gelben Bahnen“ gewandelt. Unser Gewährsmann gibt darüber folgende Erklärung:

„Bei Bosch ging es, solange die Konjunktur gut war, Aus Genossenschaft vernahm man nur Preis- und Lohnüber auf Bosch und seine Fabrik. Mit sinkender Konjunktur änderte sich das Bild. Trotz erheblicher reduzierter Arbeitszeit kamen fast 1000 Arbeiter zur Entlassung. Als rote Verbandsfunktionäre entlassen wurden, gab's Rummel, der aber kein beilegend wurde mit der Motivierung: „Wir (der soz. Verband) können dem Unternehmer nicht zuzumuten, Leute zu beschäftigen, die er nicht will.“ Eine Anzahl Entlassener verzichteten „freiwillig“ auf die Wiedereinstellung um den Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen. Zum Kampfe kam es durch wilde Streiks, welche nach Entlassungen ausbrachen, die mit der Ausperrung beantwortet wurden.“

Die Geschichte der Gutehoffnungshütte.

Von G. W.

I.

Im achtzehnten Jahrhundert war Deutschland ein industriearmes Land. Ungeheure Felder, große Wälder und im Norden und Osten weite Flächen unburchbarer Sumpfe gaben den Untergrund des Bibles ab. Die Städte waren weit zerstreut. Dazwischen lagen die Gehöfte und Dörfer. Während im stammverwandten England sich schon die Industrie zu entwickeln begann und immer weitere Kreise zog, während man in Holland schon große Schleifereien kannte, ertönte in Deutschland nur der Schlag der Dorfschmiede. Im Sieger- und Sauerland und im Bergischen hatte eine kleine Industrie sich erhalten. Dort standen auf den waldbedeckten Ruppen Bergschmiede und Hammerwerke, die ihre Erzeugnisse durch Handelsleute bis an die Nordsee und zum Riesengebirge brachten. Diese Stätten waren nur noch der Rest jenes Hochstandes, den Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert einnahm. Durch die Wirren der Reformationsperiode, des dreißigjährigen Krieges und der nachfolgenden Zeit aber war die deutsche Industrie heruntergefallen und als kleine Reste hatten sich die oben erwähnten Hütten erhalten. Diese konnten natürlich den Bedarf Deutschlands an Eisenmaterial und Eisenerzeugnissen bei weitem nicht decken. So kam es, daß Deutschland zum größten Teil auf ausländische Eisenprodukte angewiesen war, deren Lieferung England fast allein in Händen hatte.

Nach dem österreichischen Erbfolgekrieg (1752-58) und den schlesischen Kriegen schien endlich dem deutschen Vaterlande ein längerer Friede und ein neues Aufblühen gesichert. Franz I., der Gemahl Maria Theresias, war als deutscher Kaiser anerkannt und gekrönt worden und Friedrich II., der Preußenkönig, hatte durch seine schlaue Taktik im österreichischen Erbfolgekrieg Schlesien zu gewinnen gewußt. In den folgenden Friedensjahren nahm die deutsche Industrie, die infolge der allgemeinen früheren

Unsicherheit noch mehr abgenommen, etwas zu. Erfreulich war es, daß sich in einigen Kreisen Energie und Eifer zeigte, die reichen deutschen Bodenschätze zu heben und nutzbar zu machen. Besonders in Westfalen und Rheinland entstanden in dieser Zeit industrielle Unternehmungen, von denen die Gutehoffnungshütte bald die bedeutendste werden sollte.

Freiherr Franz v. d. Wenge zum Dieck, Domherr zu Münster, wurde gegen 1740 auf den in der Gegend von Osterfeld und Buer vorhandenen Eisenstein aufmerksam und erhielt 1741 vom Erzbischof von Köln, zu dessen Gebiet dieser Strich gehörte, die Erlaubnis zum Suchen und Graben von Eisenstein. Franz v. d. Wenge beschränkte sich nicht allein auf das kurkölnische Gebiet sondern nahm auch einen preussischen Schürfschein, um im Nevischen Land ebenfalls Eisenstein zu suchen. W. d. Wengens Plan war, im kölnischen eine Hütte anzulegen. Im Jahre 1753 wurde ihm hierzu folgende Genehmigungsurkunde ausgestellt, die deutlich zeigt, mit welchen Umständenlichkeiten die Hütte zu kämpfen hatte und welche Abgaben sie an die Staatsverwaltung zu leisten hatte.

„Wir Clemens August von Gottes Gnaden Erzbischof von Köln usw. . . . Demnach uns der Freiherr Franz von Wenge, Domkapitular in Unserem Hofstift und Stadt Münster usw. untertänig gebeten, ihm zu erlauben, daß er in Unserem Reich Nevischen auf einem von ihm zu akquirierenden eigenen Grund eine Eisenschmelzhütte und Hammerwerk samt den dazu erforderlichen Wasserlauf anlegen und treiben wolle, und daß Wir in Erwägung des dadurch sich vermehrenden Erzfürstlichen allgemeinen sowohl als Unseres Cameral-Nutzens in all solch seinem Gesuch gnedigst verwilligt haben. . . . daß er Erzh. von Wenge die gebettene Schmelzhütte und Hammerwerk auf seine eigene Kosten allda erbauen und treiben, auch sich Unserer Bergordnung . . . gemäß verhalten, hergegen soll er, nebst den Uns aus denen . . . Bergwerken . . . nach Ablauf . . . gebührenden Zehnten, für diese ihm mißbillig concedierte Erbau- und Treibung Hütten- und Hammerwerks, und den nötigen Wasserlauf alljährlich . . . 20 Species-Thlr. zu Unserer Oberkammerlei Horneburg . . . entrichten, (es sei dann auch, daß ohne seine Schuld die gesau völlig in untergang geraten würden).“

Die preussischen Behörden sahen es nicht gern, daß v. d. Wenge seine Hütte im kölnischen Gebiet bauen wollte und als der Freiherr um Verleihung mit dem Eisenstein bei Solten im Nevischen Einkam, wurde sein Gesuch abschlägig beschieden. Die Kriegs- und Domänenverwaltung hielt starr daran fest, daß die neue Schmelzhütte im Nevischen angelegt werden müsse. An dem Konkurrenzneid der einzelnen Staaten schien das ganze Unternehmen zu scheitern. Jeder wollte das Ganze für sich besitzen, mit einem Teile gab man sich nicht zufrieden. Wiederholte Gegenvorstellungen Wengens blieben unbeachtet und er mußte sich mit seinem kölnischen Privileg begnügen.

Als geeigneten Hüttenplatz erfaß Wenge eine Stelle am Sterkrader Bach, oberhalb Sterkrade. Aber der Domherr mit dem kurkölnischen Privileg sollte die Rechnung ohne die Aebtissin des Klosters Sterkrade gemacht haben: Sie legte energisch Protest ein und machte geltend, daß durch den Wasserverbrauch der Eisenhütte die Mühlen in ihrer Tätigkeit behindert und die Forellenzucht vernichtet würde. Nach eingehender Besichtigung und Besprechung erwiesen sich die Befürchtungen der Aebtissin als grundlos, so daß ihre Eingabe zurückgewiesen wurde.

Nach diesen Formalitäten und Schwierigkeiten konnte endlich mit dem Bau der Antonhütte im Jahre 1757 begonnen werden. Am 18. Oktober 1758 war sie in Betrieb. Die Hütte bestand aus einem großen Ofen, Gießereianlagen und dem dazu gehörigen Lager für Holzkohlen und Gußwaren. Aber die Bauern der Umgegend waren über die Errichtung der Eisenhütte sehr erregt. Sie verweigerten den fremden Arbeitern Wohnung und Nahrung und selbst für gutes Geld konnte man keine Pferde und Wagen zum Transport von Eisenerz, Holz und Holzkohlen von ihnen erhalten. Zudem machte Wenge mit seinen Hüttenmeistern schlechte Erfahrungen. Der erste war ein Bäcker, der zweite wohl ein brauchbarer Mensch, aber er kümmerte sich zu wenig um den Absatz. Trotz der Schwierigkeiten legte Wenge 1764 ein Hammerwerk an, das, wenn auch nur für kurze Zeit, Stabeisen

Der Verlauf der Aussperrung usw. ist bekannt. Weniger bekannt ist, wie die Aufhebung der Aussperrung, die von der Genossenschaftliche Ferien bezeichnet wurde, der Streikbeschluss zustande kam usw. Im Hinblick auf die genau gegenteilige Taktik beim Werftarbeiterkampf ist eine Gegenüberstellung angebracht. Doch darüber nächstens weiteres.

Die Aufgaben der Kollegen im Saarbezirk.

Vielleicht öfter wie in anderen Bezirken unseres Vaterlandes hört man im Saarrevier bei der Werbearbeit für die Organisation das Torische: „Es hat doch keinen Wert“, oder „Wenn die Arbeiter alle einig wären“ usw. Bei der Agitation, in Erörterungen über Vorfälle mannigfacher Art, welche die Unentbehrlichkeit einer starken Organisation geradezu jedem klar zu machen, hört man immer wieder diese Aussprüche, welche nicht von sehr großer Charakterstärke und Selbständigkeit zeugen. Gewiß, die Zahl der organisierten Kollegen steht nicht im richtigen Verhältnis zur großen indifferenten Masse. Das ist keineswegs befriedigend, auch liegt es nicht im Interesse der Arbeiter. Die Mitgliederzahlen entsprechen momentan nicht der Bedeutung der Organisation und vor allem der Arbeit, welche der Verband im Interesse und zum Wohle der Arbeiter geleistet hat. Ohne die Aufklärung und Schulung der Kollegen in Betracht zu ziehen, (die man übrigens zur Zeit politischer Wahlen auch von Seiten gewisser Parteien zu schätzen weiß, aber auch nur dann d. G.) können wir ohne Ueberhebung behaupten, daß schon allein die Tatsache des Bestehens der Organisation gerade im hiesigen Revier manche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt hat. Auch hat diese Tatsache, was besonders hervorzuheben ist, manche Verschlechterung abgehalten, für deren Durchdringung vor dem Bestehen der Organisation nicht das geringste Hindernis bestand. Das „berühmte“ saarabische Arbeitsverhältnis war berichtigt in deutschen Landen und gar wohl geeignet ein gelindes Gruseln auszulösen. Freiheit, Selbständigkeit und Gleichberechtigung, nicht allein wirtschaftlicher Natur waren unbekannte Begriffe. Zum Teil sind sie es heute noch. Der Paragraph 20 des Statuts des gelben Werktvereins Neunkirchen, wonach die Mitglieder bei politischen Wahlen nach dem Vorstandsbeschluß zu stimmen haben, ist ein sprechendes Beispiel. Das System Stumm, Töle etc. lastet schwer auf dem armen Saarproletariern.

Mancher aufrechte Kollege, der früher ohne den Rückhalt der Organisation ein freies Wort redete, mußte, von Haus und Hof vertrieben, als Hausierer die Welt durchziehen und der „Arbeiterfreundlichkeit“ der Berg- und Hüttengewaltigen gedenken. Mit allen Mitteln suchte man ein verfehltes, patriarchalisches System vor dem Zusammenbruche zu retten, und unterbrückte zu diesem Zwecke alle Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter.

Diese Zustände fand bei ihrem Einsetzen die christlich-nationale Arbeiterbewegung vor, wobei nicht vergessen werden darf, daß man vorher versucht hatte, die evangelische Arbeitervereinsbewegung von Scharfmacherseite aus zu untergraben.

Daß diese ungesunden Verhältnisse nicht von heute auf morgen gebessert werden können, ist wohl jedem Einsichtigen ohne weiteres klar. Nur durch selbstbewusste, opferfreudige Gewerkschaftsarbeit, getragen von dem Vertrauen der Kollegen, kann dieses Ziel erreicht werden. Erstschwert wird ferner die Werbearbeit durch die politische Konfession. Hier ringen zwei gleich starke bürgerliche Parteien um die parlamentarische Vertretung. In jeder sind unsere Mitglieder vertreten. Ebenjowenig wie in anderen Bezirken Deutschlands, darf hier an der Saar die Gewerkschaftsbewegung unter den Folgen politischer

Kämpfe Schaden leiden. Dazu haben doch tatsächlich die Kollegen an der Saar der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zuviel zu verdanken und sintonmalen die politische Dankbarkeit ein sehr wandelbar Ding ist. Die Arbeiter, die glauben durch politische Unterstützung scharfmacherischer Mächte ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sind auf dem Holzwege, dies kann nur geschehen durch eine starke, auf christlich und nationalem Boden stehende Gewerkschaftsbewegung.

Daraus ergibt sich für jeden Arbeiter, dem es ernst ist mit seinem Stande, die Frage „Wie bringen wir hier an der Saar, trotz aller Widerstände, unsere Bewegung vorwärts?“

Die Antwort auf diese Frage finden wir im Verbandorgan. Jede Nr. enthält Anregungen und Fingerzeige, deshalb ist die erste Forderung: „Kollegen, leset euer Organ!“ Kollegen, die wochen- und monatlang kein Verbandorgan zur Hand nehmen, verspüren nichts von dem rege pulsierenden Leben der Organisation, sie sind kein Mitglied mehr der geistigen Gemeinschaft, sind nicht überzeugt und können darum nicht überzeugen.

Auch muß der Versammlungsbefuch reger werden. Es vertritt sich nun einmal nicht mit der Würde und Bedeutung der Organisation, wenn es Kollegen gibt, die wegen einer Versammlung des Gesangsvereins, oder Besprechung des Pfeifenklubs, eine Betriebsversammlung schwänzen. Dadurch sinken wir in der Achtung der Öffentlichkeit.

Dann müssen die Kollegen mehr noch wie bisher die Hausagitation betreiben. Der größte Teil der Unorganisierten gehört innerlich zu uns. Bei geeigneter Aufklärung sind sie zu gewinnen. In den kommenden Wochen müssen die einzelnen Vorstände und Vertrauensmänner im Verein mit den opferfreudigen Kollegen ihre Pflicht erfüllen, damit wir auch hier an der Saar ein gutes Stück vorwärts kommen, trotz aller Gegner. Darum Kollegen, auf zur Werbearbeit! Je schwerer der Kampf, desto schöner der Sieg!

Sozialdemokratische Ublentungsmanöver.

Auf den Seeschiffswerften und bei Bosch in Stuttgart ist der sozialdemokratische Metallarbeiterverband durch seine wunderbare Strategie und Taktik gräßlich hineingefallen. Hineingefallen wie noch nie zuvor in seinem mehr als zwanzigjährigen Bestehen. Um die rote Masse von dieser Misere abzulenken, klammert sich der rote „Deutsche“ an jeden Strohhalm, der ihm ins Gehege kommt. Und so bringt denn das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in seiner Nr. 37 einen Artikel, betitelt: Christlicher Größenwahn, der fleißig von der gesamten roten Parteipresse abgedruckt wird, um die rebellierenden Genossen im Lande abzulenken.

Der genannte Artikel befaßt sich mit Vorgängen bei der eben zum Abschluß gekommenen Bewegung in der rheinisch-westf. Heizungsbranche.

Zu den Ereignissen in der Heizungsbranche und gegenüber den Behauptungen der sozialdemokratischen Presse sei festgestellt: Vor drei Jahren wurde zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbande ein Tarifvertrag für Rheinland und Westfalen abgeschlossen, der am 30. Juni dieses Jahres ablief. Der sozialdemokratische Verband hatte damals unseren Verband umgangen und nach Abschluß des Vertrages alles versucht, die Arbeiter in den roten Verband hineinzubringen. Trotzdem schlossen sich in fast allen Orten des Tarifgebietes christlich-national gesinnte Arbeiter der Heizungsbranche unserem Verbande an und richteten durch ihre Organisation an den Arbeitgeberverband das Ersuchen, mit in die Tarifgemeinschaft aufgenommen zu werden. Der Arbeitgeberverband erklärte sich hierzu

bereit; die sozialdemokratischen Verbandsführer aber verfuhrten mit allen Mitteln die Beteiligung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes am Tarifvertrag zu hintertreiben. Um diesen Zweck zu erreichen, schenken die roten Führer sich nicht, die vor Beginn des Streiks mit dem christlichen Metallarbeiter-Verband getroffenen Abmachungen während des Streiks zu durchbrechen und uns zu hintergehen.

Die Sozialdemokraten trafen mit einzelnen Firmen Sonderabmachungen, wandten sich an den Arbeitgeber-Verband um neue Verhandlungen, — alles dieses ohne uns davon zu benachrichtigen.

Infolge dieses Verräterstreiches mußten die christlichen Arbeiter ihre eigenen Wege gehen. Nachdem nun der Kampf beendet ist, beginnen die Genossen den üblichen Verleumdungsfeldzug. Unser Kollege Siegel-Crefeld habe sieben Monteure als Arbeitswillige nach der Firma Hochhammer geschickt, so behaupten die Genossenschaftler.

Durch eine Erklärung der fraglichen Monteure in Nr. 782 der „Niederrheinischen Volkszeitung“ wurde diese sozialdemokratische Behauptung bereits als eine haltlose Verbächtigung abgetan. Tatsache ist, daß die „Genossen“ die ersten Arbeitswilligen stellten.

Ebenso unwahr sind die sozialdemokratischen Behauptungen in Bezug auf Auslassungen des Kollegen Busmann in Bonn. Tatsache ist, daß die Mitglieder des roten Verbandes auf unsern Kollegen Busmann eindringen und von ihm Direktiven zur Wiederaufnahme der Arbeit haben wollten.

Zu der Behauptung der „Genossen“, Kollege Deuple-Düsseldorf habe die Forderungen der Arbeiter als verurteilt und wahnsinnige hingestellt, sei betont, daß die sozialdemokratische Düsseldorf „Volkszeitung“ diesbezüglich bereits eine Berichtigung aufnehmen mußte.

Ueber den Vorgang, der die Einigungsverhandlungen zum Scheitern brachte, stellten wir in Nr. 36 fest:

„Der am 27. September 1910 zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag wurde vom Arbeitgeberverband gekündigt. Die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Änderungen lagen wesentliche Verschlechterungen des bisherigen Tarifs vor. Die vom sozialdemokratischen Verband erhobenen Forderungen gingen erheblich über den bisherigen Tarif hinaus. Unter diesen Umständen war eine Einigung auf friedlicher Grundlage sehr schwierig.“

Außerdem wurde eine friedliche Einigung erschwert durch die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes! Als die Verhandlungen vor dem Streik infolge der großen Spannung zwischen den Forderungen der Parteien auf den toten Punkt gekommen waren und beiderseitig die Forderungen revidiert bzw. reduziert werden sollten, bemerkten die „Genossen“, daß sie in ihren Forderungen eine direkte Lohnerhöhung für alle Arbeiter „bezugslos“ hatten. Dadurch entstand inmitten der Verhandlungen die neue Forderung nach fünf Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde für alle Arbeiter. Unter diesen Umständen scheiterten die Verhandlungen und am 16. Juli brach der Streik aus.

Die Kollegen unseres Verbandes erklärten sich mit den von den „Genossen“ ursprünglich aufgestellten Forderungen einverstanden, erhoben jedoch gegen eine Verschärfung der Forderungen inmitten der friedlichen Verhandlungen Einspruch, weil eine solche Maßnahme den Regeln gewerkschaftlicher Taktik widerspricht.“

Außerdem ist noch festzustellen, daß auch der erste Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Düsseldorf, Genosse Jäder, die Verschärfung der Forderungen inmitten der friedlichen Verhandlungen scharf bekämpfte, und daß derselbe Jäder bereits Vorschläge zur Reduzierung der Forderungen machte, indeß von seinen radikalen Genossen überstimmt wurde.

Wenn sich die „Genossen“ nun damit brüsten, daß sie beim Abschluß des Tarifes erklärten, den Vertrag nicht gemeinsam unterschreiben zu wollen, so geben sie

Rechtfertigung, durch die Ungunst der Verhältnisse aber immer mehr zurückging.

Diese Mißerfolge hielten jedoch den Geschworenen Wäcker zu Blankenstein, den Befehrer Root und den Zoll-einnehmer Root zu Ruhrort nicht ab, beim preuß. Bergamt in Hagen Erlaubnis einzulegen an den Eisenstein in der Gegend zwischen Walsum und der kurkölnischen Grenze. Infolge Geldmangels und Streitigkeiten mit dem Berliner Kabinett und dem Kloster Sterkrade stellte die Gewerkschaft schon im Jahre 1774 ihre Tätigkeit ein.

Mehr Glück in seinem Unternehmen hatte der Pächter der Anthonyhütte, Pfandhöfer. Er verstand es, sogar die preuß. Behörden zu bewegen, fleißig Eisenstein für die Anthonyhütte auszuführen. Im Jahre 1781 wurde ihm die Erlaubnis zur Anlage einer Hütte bei Sterkrade erteilt. Zugleich erhielt Pfandhöfer das Recht, „die erforderlichen Holzkohlen aus dem Märkischen auf eigenen oder auf fremden Schiffen die Ruhr hinunter zu fahren.“

In Ansehung der Steinkohlen wird die Auswahl der Bechen genehmigt, jedoch muß sich Pfandhöfer wegen des Transportes der Steinkohlen auf der Ruhr mit den Entrepreneurs von Eisbruch ins Benehmen setzen, da denselben der Transport von Steinkohlen auf der Ruhr zum Debit für die Provinzen Cleve und Mores privatim überlassen ist.“ Zur Hebung des märkischen Kohlenbergbaues bemühte sich die preußische Verwaltung, den inländischen Betrieb zu heben, indem sie auf Verbesserung der Abfuhrwege drang und den in ihrem Gebiete angelegten Werken zu erkennen gab, daß sie am Gebrauch der Steinkohlen großes Interesse haben.

Im Jahre 1788 wurde die Verlängerung der Zoll- und Befreiheitsurteile ausdrücklich davon abhängig gemacht, „daß Pfandhöfer die Versuche zum Gebrauche der Steinkohlen bei der Hütte fortsetze.“ Es wurde ein Versuch mit abgeschwefelten Kohlen gemacht, der aber gänzlich mißlang. Schon vor dem Bau der Hütte hatte Pfand-

höfer sich mit der Abtei Sterkrade geeinigt und erreicht, daß sie sich mit einem größeren Kapital an dem Unternehmen beteiligte

Im Jahre 1804 bestand das Werk bereits aus einem Hochofen und einem Windofen nebst den dazu gehörigen Gebäuden für Formerei, einem Kohlenmagazin und einer Schleifmühle.

Der Fortschritt der Gutehoffnungshütte veranlaßte die kaiserliche Hofkammer des Hochstifts Essen, dem Gedankem einer Hüttenanlage näher zu treten. Mit der ganzen Unständlichkeit und dem Bureaucratismus der damaligen Zeit ging man zu Werke. Nach vielem Hin und Her stellte die Fürstäbtissin dem Arenbergischen Hütteninspektor Werner folgende Urkunde zur Genehmigung des Hüttenbaues im Jahre 1791 aus:

„Wir Maria Cunegunda von Gottes Gnaden Prinzessin in Pohlen und Böhmen, Herzogin zu Sachsen, des heiligen römischen Reichs Fürstin und Vebstissin zu Essen usw. urkunden hiermit, daß:

1. Gedachte Gesellschaft mit Ausschließung aller Aus- und Einheimischen erldlich berechtigt seyn solle: den in unlerem Hochstifte und seinen Zu-Behörungen bereits entdeckten, oder noch zu entdeckenden Eisenerz zu suchen, zu gewinnen, und nach Wohlgefallen mit Schmelz und Hammer zu benutzen.
2. Sollte die Gesellschaft gehalten seyn allen Schaden nach billiger Abschätzung zu ersetzen, den sie durch das Ersuchen und graben an Acker, Wiesen, Waldungen, Gärten oder sonstigen Gründen den respective Eigentümern zufügen werden.
3. Ist die Gesellschaft mit Ausschließung aller Aus- und Einheimischen erldlich berechtigt: im Hochstifte oder dessen zu Behörungen ein oder mehrere Hütten- oder Hammerwerke anzulegen.
4. Wird die Gesellschaft zur Berechtigung des rohen oder Stabstehens in der Folge Klein-Werke oder Fabriken anzulegen mit der Einschränkung verstatet, daß damit die übrigen darzu Lusttragenden nicht ausgeschlossen, und die Gesellschaft auch dabei keine besondere Freiheiten zu genießen, sondern hierin den anderen Untertanen gleich gehalten werden solle.

5. Sollte der Gesellschaft alles Klaster Holz, welches in den fürstlichen Waldungen forstmäßig gehauen werden kann, und wird, auf zwanzig Jahre nachfolgenden Jahren nach Anweisung des Forst-Amtes das Klaster auf dem Stock zu drittheil Reichstaler verfallen werden; welcher Preis in laufenden zwanzig Jahren wegen der Nähe der Waldungen nicht erhöht, noch durch die Entfernung der Waldungen verringert werden solle. Gleichwohl aber

6. Der Gesellschaft alles forstmäßig zu schlagende Holz ohne Unterschied der Blöße zugesichert wird, so solle die selbe auf der anderen Seite gleichfalls verpflichtet sein, alles Holz an sich zu nehmen, und das Forstamt unter keinem Vorwand: daß das Holz zu schlecht, zu entfernt, oder zu wenig sey, oder was sonst für Einwendungen erdacht werden mögten, nicht darauf sitzen zu lassen.

7. Versteht es sich von selbst, daß brauchbare Baumstämme und Nußholz nicht unter dem Klasterholz mitbegriffen sein, sondern solches zum Nutzen des Aerarii, und zum höchstgelegenen Gebrauch, verkauft oder sonstigen Bestimmung vorbehalten bleibe, und nur das Topf- und Abfall-Holz zur Verklasterung abgegeben werde.

8. Das abfallende Reisig-Holz in den jährlichen Schlägen wird der Gesellschaft von jedem Hundert Klaster zu drei Reichstalern belassen werden.

9. Wird der Gesellschaft die Versicherung erteilt, daß ihr das zu Hammerstählen und Feilen erforderliche Holz jederzeit in ordentlichen Preisen abgegeben werden solle.

10. Wird der Gesellschaft im Hochstifte, und seinen zu Behörungen so wohl von rohen Materialien, die zu ihren Anlagen hinals von den verarbeiteten Producten die haben abgeführt werden, die Zollfreiheit zugestanden.

11. Sollte der Gesellschaft zum Beseren aufkommen des Werkes für alles Personale auf den Anlagen die Freiheit von allen wärdlich bestehenden, oder noch einzuführenden Consumptions- oder anderen Accisen auf zehn Jahre angedehnt; wogegen

12. Von der Gesellschaft für Vorstehende ihr gnädigst Verliebten Freiheiten und Begünstigungen alsfährlich um Martini und zwarn Martini 1791 zum erstenmal ohne den mindesten Abzug Bierzig Reichstaler Essenslicher Währung zur fürstlichen Rentei bezahlet werden müssen.“ Das Unternehmen Werners gebieh und bereits 1790 beteiligte sich die Fürstäbtissin an dem Werk, bis sie im Jahre 1794 alle Anteile an sich brachte.

sich damit nur der Väterlichkeit preis. Die Dinge liegen doch so, daß ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterverband. Der christliche Metallarbeiter-Verband hat sich aber nicht an den roten Verband gewandt, um einen Tarifvertrag abzuschließen, sondern an die Arbeitgeberorganisation. Zwischen dieser und dem christlichen Metallarbeiter-Verband ist der gemeinsam verhandelte Vertrag abgeschlossen worden. Damit ist den Unterdrückungsgelüsten der Sozialdemokraten ein Niegel vorgehoben. Der christliche Metallarbeiter-Verband ist durch den Vertragsabschluss vom Arbeitgeberverband als Vertragskontrahent anerkannt, und den christlichen Arbeitern sind die im Gewerbe üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich gesichert.

Den Unterdrückungsgelüsten der sozialdemokratischen Gewerkschaften sollten die weitesten Kreise der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung die erforderliche Aufmerksamkeit schenken und Vorkommnisse wie die vorstehend geschilderten den christlichen Arbeitern Anlaß zu tatkräftiger Stärkung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes geben.

Allgemeine Rundschau.

Streikentschädigungsgesellschaft der Unternehmer.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, welche aus der Verschmelzung der „Hauptstelle“ und dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ entstanden ist, hat eine Streikentschädigungsgesellschaft eingerichtet. In diese Klasse müssen die Mitglieder für jedes 1000 Mark ausgezahlte Löhne 1 Mark Jahresbeitrag entrichten, außerdem für je 1000 Mark ein Eintrittsgeld von 25 Pf. Nachzahlungen brauchen nicht geleistet zu werden. An Entschädigungen sollen gezahlt werden 25 Prozent des auf die streikenden Arbeiter entfallenden Durchschnittslohnes. Bei Ausperrungen soll gezahlt werden: bis 300 Ausgespernte 25 Prozent, 300-600 20 Prozent und über 600 Ausgespernte 15 Prozent. Damit die Gesellschaft nicht in Zahlungs Schwierigkeiten oder in Konkurs gerät, können die Entschädigungen erst nach vier Wochen fällig gemacht werden. Firmen, die austreten, kann beim Wiedereintritt die volle Nachzahlung der verfallenen Beiträge auferlegt werden. Will eine Firma austreten, so hat sie sechs Monate vorher zu kündigen. Kurzum, die neue Streikentschädigungsgesellschaft ist eine Vereinigung auf streng zentraler Grundlage. Diese Gründung der Scharfmacher sollte allen Arbeitern die Augen öffnen und ihnen den Weg zur Organisation zeigen. Nur durch starke Arbeiterorganisationen können die Interessen der Arbeiter gewahrt werden.

Weitere Erfolge der christlich-nationalen Arbeiterschaft bei den Krankentafelwahlen.

In Köln, der rheinischen Metropole, bestanden bisher 16 Ortskrankentafeln. Bei der jetzigen Umwandlung in Krankentafelwesen wurden von den 16 Ortskrankentafeln 14 aufgelöst und der großen allgemeinen Ortskrankentafel nebst den 8 ebenfalls aufgelösten Betriebskrankentafeln einverleibt. Bisher hatte die christlich-nationale Arbeiterschaft in Köln nur in einer Ortskrankentafel auf Grund von Vereinbarungen mit den Gegnern die Hälfte der Vertreter in der Generalversammlung und im Vorstand zugebilligt erhalten. In den übrigen Krankentafeln Köln mit Ausnahme der Krankentafel der städtischen Arbeiter herrschte auf Grund der früheren Majoritätswahl die Sozialdemokratie unumstritten. Bei den nun am 2. und 3. September stattgefundenen Ausschüßwahlen der großen allgemeinen Ortskrankentafel Köln, die über 100 000 Mitglieder umschließt, errangen die christlich-nationalen Arbeiter einen höchst beachtenswerten Erfolg. Sie vereinigten auf ihre Kandidaten 6252 Stimmen. Die sogenannten freien Gewerkschaften brachten es auf 6752 Stimmen. Demnach fallen von den 40 Ausschüßmitgliedern der christlich-nationalen Arbeitern 19 und den sozialdemokratischen 21 zu. Im Vorstand der Tafel wird auf Grund des Verhältniswahlsystems jede Partei über die Hälfte der Vorstandsposten verfügen.

Bei der neu zu bildenden Ortskrankentafel der Bürgermeisterei Duisdorf erhielt die christliche Liste 101, die sozialdemokratische 40 Stimmen oder 15 bzw. 5 Vertreter.

In Ullrich ist die gesamte Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft deshalb gewählt, weil die sozialdemokratische Liste von der Behörde als ungültig erklärt werden mußte.

In Mülheim (Rh.) wurden bei der Ortskrankentafelwahl für die christlich-nationale Liste 666 Stimmen abgegeben, während die Sozialdemokraten nur 558 Stimmen aufbrachten. Die christlichen Arbeiter stellen 16, die Sozialdemokraten 14 Vertreter zum Ausschüß der Krankentafel.

Auch an diesen Beispielen ist zu erkennen, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft wohl Erfolge erreichen kann, wenn sie ihre Kraft konzentriert und die notwendigen Vorarbeiten für die Wahlen rechtzeitig in Angriff nimmt.

Angst vor der eigenen Courage.

Die sozialdemokratische Partei Hollands sollte vor einiger Zeit in die holländische Regierung einige Genossen als Minister entsenden. Da war bei den Genossen in des Wortes vollster Bedeutung „Holland wirklich in Rot“. Ein holländischer Parteitag wurde zur Entscheidung der Frage einberufen. Vorher sollten die holländischen Genossen den Rat des Genossen Kautski ein, bei einem Bruch fällte, aus dem hervorzuleuchten, daß der Eintritt in ein Ministerium mit großen Gefahren verknüpft sei. Die holländischen Genossen befolgten den Rat des Genossen Kautski und lehnten die Beteiligung an der Regierung ab.

Mit unverkennbarem Spott bemerkt zu diesem Beschlusse in der Nummer 15 der „Sozialistischen Monatshefte“ der „Vorwärts“-redaktion Genosse Schröder:

„Gefährlich, Gefahren, Furcht: Man sollte eigentlich annehmen, daß diese Ausbrüche im Wörterbuch einer Partei, die auf Eroberung der Welt ausgeht, überhand nehmen können. Jedoch kann man beobachten, daß bei jedem neuen Schritt, vor dem die Sozialdemokratie steht, gerade auf radikaler Seite zu allererst an die Gefahren gedacht wird, die der Schritt mit sich bringen könnte. Gerade vom preussisch-deutschen Standpunkt aus ist es meines Erachtens zu bedauern, daß die holländische Sozialdemokratie der Doktrin zuliebe in einer wichtigen Frage verjagt hat. Nach preussischer Regierungspraxis sind den Sozialdemokraten immer noch grundsätzlich die zur Ausübung des Nachwächter- oder Zurechtwärters erforderlichen sittlichen Eigenschaften abzukreiten. Aber die Gewöhnung läßt zu auch in der Sozialdemokratie Unrecht zu hohen Jahren kommen. Es gibt in unsemn Reichen Leute, die sich so sehr in die jahrzehntelange lähmende Eigenschaft eines Opfers aller möglichen Polizeiwillkürlichkeiten gefunden haben, die so sehr dieser Willkürlichkeiten als Echo ihres Radikalismus bedürfen, daß ihnen der Gedanke an eine neue Welt, die Sozialdemo-

kratie könnte statt Amboß auch einmal Hammer werden.“

Mit andern Worten, die Sozialdemokratie bekommt Angst vor der eigenen Courage, wenn es gilt, die Nachmittage, die man sonst herbeizusehen wenigstens vorgibt, nun auch wirklich einmal in die Hand zu nehmen!

Ueber die sozialdemokratische Helldemokratie.

macht sich die „Tägl. Rundschau“ lustig. Den Bebelbojen und Bebel-Bigarrrenabschneidern folgen immer schönere Sachen, die im Vorwärts angepriesen werden. Es gibt jetzt August-Bebel-Anstednadeln, für die im Vorwärts (Nr. 216 v. 22. 8. 13) unter den Händlern und Hausierern „schlichte Verkäufer“ gesucht werden, und Bebel-Liebsteck-Taschenmesser von erstklassiger Qualität für 30 Pf. (Vorwärts Nr. 218 v. 24. 8. 13). Wer 15 Pf. mehr bezahlt, dessen Name wird in Goldschrift auf die Klinge eingraviert. Mit den Bebel-Bigarrrenabschneidern sind übrigens die auf den Anzeigenteil des Vorwärts Schwörenden anscheinend ziemlich herabgefallen. Man hat ihnen einen falschen Helber untergeschoben. Ein Genosse stimmt in einer Zuschrift folgendes Klagegedicht an: „Es handelt sich bei den Bebel-Bigarrrenabschneidern um minderwertige, mit einem Schneider versehenen Messerschachteln, deren Deckel mit einem Bebel-Bildnis überzogen ist. Allem Anschein nach sind diese Schachteln bereits gelegentlich der Jahreshunderfeier Jahrs angepriesen worden, denn unter dem Bildnis Bebels befindet sich das von Jahr.“

Dieses wird natürlich die Genossen nicht abhalten, auch in der Zukunft den Balken im eigenen Auge nicht zu sehen.

Eine verbiente Niederlage.

Der Gewaltakt des sozialdemokratischen „Vorwärts“-Verbandes in der „Bamberger Möbelindustrie“ wurde seitens der christlichen Arbeiterschaft siegreich abgeschlagen. Mutwillig hatten die Genossen entgegen allen gewerkschaftlichen Grundgedanken einen privaten Streik vom Baune gebrochen, um drei christlich organisierte Arbeiter brotlos zu machen. Seit dem 14. Juli, also volle acht Wochen, streikten die tapferen Vertreter der „Freiheit“ und opfern tausende von Mark (es sind dies mühsam aufgebrauchte Arbeitergroßden), weil christliche Holzarbeiter das Verbrechen begingen, in einem Betrieb, der nach Ansicht der Genossen eine „freie Bude“ sein sollte, Arbeit nahmen und nicht übertraten. Ein trauriges Kapitel in der Arbeiterbewegung bildet der frivole Streik, der auch nicht ohne bedauerliche, gewalttätige Begleiterscheinungen blieb. Nun wurde der Streik gegen Ende voriger Woche vollständig erfolglos abgebrochen, nachdem die Zentrale des roten Verbandes in Berlin weitere Mittel zur Unterstützung von Streikunterstützung hartnäckig verweigerte. Die Firma stellt keine sozialdemokratisch organisierten Arbeiter mehr ein.

Nach vor kurzem hatte die übermüdete Streikleitung das bevorstehende Ende der traurigen Bewegung bedauerlich genug versucht, um ihre eigenen Genossen über die wirkliche Situation hinwegzutäuschen. Etwa 60 Arbeiter, darunter viele verheiratete Familienväter, können sich jetzt bei der roten Gewerkschaft bedanken, dafür, daß sie um Brot und Arbeit gekommen und in Not geraten sind. Fürwahr, die Erziehungsarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften zeigt „herrliche“ Erfolge. Dank und Anerkennung verdienen die christlichen Gewerkschaften, die sich ihre Organisationsfreiheit und ihr freies Koalitionsrecht erkämpften. Die rote Gewerkschaft ist damit in Bamberg gebrochen. Hoffentlich für immer.

Aus Wirtschaft und Technik.

Preisverhandlung in der Werkzeugindustrie.

Durch Vermittelung des Verbandes Deutscher Fabrikanten von Eisen- und Metallwaren, Werkzeugen, Haus- und Küchengeräten, Kunst- und Luxuswaren in Remscheid ist es gelungen, die deutschen Fabrikanten von Holzbohrern zu einem „Verein Deutscher Bohrer-Fabriken“ in fester Form zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß soll, wie die Rh.-W. Ztg. berichtet, eine Gesundung der Preisverhältnisse in der Bohrer-Branchen herbeiführen, da das Mißverhältnis zwischen den Herstellungskosten und den gedrückten Verkaufspreisen den Fabrikanten teilweise kaum eine Deckung ihrer Selbstkosten ermöglichte. Der Verein hat zunächst eine Preisregulierung der Preise für Irbin-Stangenbohrer, Irbin-Schlangebohrer und Irbin-Maschinenbohrer vorgenommen, die schon in Kraft getreten ist, und weiter beschlossen, den im vorigen Jahre festgesetzten Preisausschlag von fünf Prozent auf alle anderen Arten von Holzbohrern als dringend notwendig bestehen zu lassen. Der Verein hat seinen Sitz in Remscheid. Hoffentlich lernen die Arbeiter dieses Industriezweiges daraus, sich auch zusammenzuschließen.

Indirekte Vertrußung in der elektrotechnischen Industrie.

Die Wächener Handelskammer beschäftigt sich in ihrem Bericht für 1912 mit der drohenden Vertrußung in diesem Industriezweig. Nachdem sie die Feuerung der Rohstoffe dieses Geschäftszweiges erwähnt hat, der eine entsprechende Preisstellung der Fertigerzeugnisse nicht gefolgt sei, was auf Einwirkung der Großfirmen zurückzuführen wäre, schreibt sie u. a.:

„Man muß auch hierin am letzten Ende eine Maßnahme der Großfirmen sehen, um die mittleren und kleineren Fabriken zu schwächen, da das Endziel der noch verbliebenen wenigen Großfirmen zweifellos der Ruß ist, dessen Kosten dann der Konjunktur zu tragen hat. Das Erstreben dieser Verhältnisse ist vor wie nach ein Hauptanliegen der Großfirmen, wodurch sie dem freien Wettbewerb außerordentliche Fesseln anlegen. Durch Bemühungen der Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken, des Handwerks- und Gewerbetages, des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland bei den gesetzgebenden und staatlichen Körperlichkeiten ist es zwar erreicht worden, daß in den neueren Konzessions- und Stromlieferungsverträgen Monopole nicht mehr bewilligt wurden, aber desto häufiger sind die Verträge der Großfirmen, Monopole auf indirektem Wege zu erhalten. Hiergegen läßt sich durch Verträge und Vorschriften auch nicht angehen. Es ist den Großfirmen leider bei einer ganzen Reihe von öffentlichen Elektrizitätswerken, hauptsächlich solchen, an denen Kreisverbände beteiligt sind, gelungen, sich solche Installations- und Materialmonopole auf indirektem Wege zu sichern. Hierdurch wird den selbständigen Installationsfirmen und damit auch den Lieferanten die Abgabemöglichkeit genommen, wodurch sich die Erhaltung von selbständigen Unternehmen unter immer schwierigeren Verhältnissen vollziehen wird, was für eine gesunde und fruchtbringende Wirtschaft zu beklagen ist. Eine neue Gefahr liegt darin, daß die Großfirmen Einfluß auf die Elektrizitätserzeugungsstätten durch Pachtung bzw. Beteiligung zu erreichen suchen. Im Berichtsjahre haben diese Bestrebungen immer mehr überhand genommen. Da der bequeme Weg der Pachtung heute nicht mehr so leicht durchführbar ist, da die städtischen und Kreisbehörden inzwischen über die Nachteile Ausklärung er-

halten haben, bieten die großen Konzerne neuerdings den Behörden sogen. gemischte wirtschaftliche Unternehmen in Form von Aktiengesellschaften an, in die die Kommunalverwaltungen ihre Elektrizitätswerke als Sacheinlage einbringen. In den meisten Fällen haben auch die Kommunalverwaltungen die Aktienmehrheit, jedoch übertrifft allem die Elektrizitätskonzerne den ausschlaggebenden Einfluß aus, so daß auch hier ein großes Absatzgebiet für die Spezialfabriken verloren geht. Diese Absatzgebiete werden dadurch zu Konkurrenzfeldern für die Großfirmen.“

Die deutsche Maschinen-Industrie auf dem Weltmarkt.

Im Juli 1913 hat sich die deutsche Maschinen-Industrie an eigentlichen Maschinen mit einer Gesamtmenge von 52 229 Tonnen im Werte von 59 664 000 Mark annähernd auf dem Stande des Vormonats gehalten, während die Einfuhr mit 12 310 Tonnen im Werte von 10 634 000 Mark eine nicht unerhebliche Erhöhung zeigt. Wie eine vom Vereine deutscher Maschinenbau-Anstalten bearbeitete Aufstellung darlegt, entfällt diese Erhöhung fast ausschließlich auf eine zunehmende Einfuhrmenge landwirtschaftlicher Maschinen, in denen der Betrag der Einfuhr für diesen Monat weit übersteigt wurde. Ein besonders günstiges Ergebnis in der Maschinen-Einfuhr dagegen zeigt sich für diesen Monat bei den Maschinen für Holzstoff- und Papierherstellung. Die Ergebnisse der Monate Januar bis Juli 1913 zusammengefaßt ergeben es in den eigentlichen Maschinen auf eine Einfuhr von insgesamt 62 179 Tonnen im Werte von 55 840 000 Mark und auf eine Einfuhr von 328 948 Tonnen im Werte von 383 219 000 Mark. Das Gesamtergebnis des ganzen Jahres 1912 stellte sich dazu in der Einfuhr auf 77 937 Tonnen mit 73 278 000 Mark an Wert, gegen 536 676 Tonnen mit einem Wertbetrage von 628 071 000 Mark in der Einfuhr. Aus der Zusammenstellung für die einzelnen Maschinenarten ergibt sich, daß in landwirtschaftlichen Maschinen jetzt bereits, also schon mit Abschluß des Monats Juli, der ganze Einfuhrbetrag des Jahres 1912 übertraffen worden ist. Ebenso ergibt sich für Ventilatoren und Gebläse schon jetzt eine das Ergebnis aus dem Jahre 1912 übersteigende Einfuhrmenge. Die Einfuhr zeigt demgegenüber für die Monate Januar bis Juli eine annähernd gleichartige Verteilung über dieselben Maschinenkategorien wie das Ergebnis des Vorjahres im ganzen. Bemerkenswert ist ein erhebliches Anwachsen der Einfuhr an Pumpen und Hebe Maschinen, in denen das Gesamtergebnis des Jahres 1912 übertraffen werden dürfte. Noch glücklicher ist der Stand der Einfuhr in Maschinen der Kalt-, Warm-, Dampf- und Sementindustrie, in denen jetzt schon die Einfuhrmenge des Jahres 1912 annähernd erreicht ist.

Geschäftsergebnisse.

Das Eisen- und Stahlwerk Hbf verzeichnet für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 13,1 Millionen Mark. Die Abschreibungen belaufen sich auf 4,6 Millionen Mark. Der Reingewinn beträgt 8,66 Millionen Mark, hiervon werden 4,8 Mill. Mark als 24 Prozent Dividende verteilt. Trotz dieser glänzenden Gewinne ist der Achtstundentag für die Feuerarbeiter nicht möglich, obwohl die Herren von „Stahl und Eisen“. Wie lange werden die Feuerarbeiter sich das wohl noch gefallen lassen?

Die Georgs-Marien-Hütte erzielte nach 2,42 Millionen Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 2,73 Mill. Mark. Die Dividende beläuft sich auf 7 Prozent.

Das Eisenwerk Tafel in Nürnberg verteilt bei 176 000 Mark Reingewinn 11 Prozent Dividende.

Das Eisenerz-Walzwerk erzielte 451 632 Mark Reingewinn, die Dividende beläuft sich auf 11 Prozent.

Die Geisweider Eisenwerke verteilen nach 1 011 000 Mark Abschreibungen 13 Prozent Dividende.

Die Flensburger Schiffbau-A.-G. erzielte nach 507 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 519 000 Mark, die Dividende beträgt 8 Prozent.

Eine mehr als 100-jährige Dampfmaschine.

befindet sich heute noch in der englischen Landschaft Cornwallis in voller Tätigkeit. Sie dient noch jetzt, wie die Werkmeister-Ztg. (Nr. 35, 1913) schreibt, zur Betätigung einer Pumpe, die das Wasser aus einem Kohlenbergwerk heraufschafft. Leider ist keine Urkunde erhalten, die das Alter der Maschine ganz genau angäbe und auch den Namen ihres Verfertigers der Erinnerung bewahrt hätte. Immerhin bestehen Zeugnisse dafür, daß sie ein „Greis“ von mehr als 100 Jahren ist. Sie befindet sich noch in ganz gutem Zustande, und nur der Zylinder hat vor 23 Jahren erneuert werden müssen. Der Kolben hat nach dem Bulletin der Gesellschaft der französischen Zivilingenieure einen Durchmesser von 1327 Millimetern und einen Hub von 2153 Millimetern. Die altmodische Balanzvorrichtung wiegt 9185 Kilogramm, was für die zu leistende Arbeit etwas wenig erscheint, aber sich in der Praxis als genügend erwiesen hat. Die Maschine hebt das Wasser mit zwei Pumpen aus einer Tiefe von 58,5 Metern und hat bis auf die letzte Zeit Tag und Nacht gearbeitet mit acht bis neun Kolbenhöfen in der Minute. Erst seit kurzem herrscht man ihr eine Nachtruhe. Sie bewältigt in der Stunde etwa 200 Kubikmeter Wasser, was einer Arbeitsleistung von 343-344 Pferdestärken entspricht. Die ehrwürdige Maschine bebaut außerdem noch eine andere Pumpe, die das Wasser aus einem 800 Meter entfernten Teich aufsaugt und in einen Behälter treibt, von wo aus die Keisel gespeist werden. Der Dampf wirkt natürlich mit niedrigem Druck von nur 0,6 Kilogramm auf das Quadratmeter. Der ausströmende Dampf tritt in einen Kondensator, wo der Druck von 0,17 Kilogramm auf das Quadratmeter erhalten wird. Der Grund, weshalb man die alte Maschine dauernd in Betrieb erhalten hat, ist ihre billige Arbeit. Man kann nämlich den Dampf für sie aus anderen neuen Dampfmaschinen entnehmen, die ihn mit einem Druck von 4-5 Kilogramm aufnehmen. Der Druck reicht dann auch nach dem Austritt des Dampfes noch dazu hin, die alte Maschine zu treiben. Das würde freilich alles nichts nützen, wenn sich nicht dieser Veteran als ein so zuverlässiger Arbeiter bewährt hätte, der in einem Jahrhundert nur eine einzige Reparatur erfordert hat.

Streits und Lohnbewegungen.

Tarifabschluss für die Düsseldorf Bauklemmer und Dachdecker.

Die am 10. Juli erfolgte Arbeitsniederlegung der hiesigen Bauklemmer und Dachdecker ist am 4. September durch einen bis zum 31. März 1915 abgeschlossenen Vertrag mit der Zwangsinnung für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf beendet worden.

Durch den Vertrag wird die Arbeitszeit folgendermaßen festgesetzt: Vom 16. März bis 15. Oktober 9 1/2, vom 16. Oktober bis 31. Oktober 9 1/4, vom 1. November bis 31. Januar 8, vom 1. Februar bis 15. Februar 8 1/2, vom 16. Februar bis 28. Februar 9, und vom 1. März bis zum 15. März 9 1/4 Stunde. An den Samstagen in

der Zeit vom 1. März bis zum 15. Oktober endigt die Arbeitszeit um 6 Uhr abends; an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 5 Uhr.

Der Stundenlohn für Klempner beträgt vom 8. September 1913 bis zum 31. März 1914 67 Pfg., vom 1. April 1914 bis zum 31. März 1915 69 Pfg., vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 70 Pfg.

Der Lohnsatz für Jungesellen im ersten und zweiten Gesellenjahr und für die durch Alter, Unfall und Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkten Gesellen unterliegt der freien Vereinbarung.

Ueberstunden werden mit 10 Pfg. Zuschlag; Sonntags- und Nacharbeiten mit 50 Prozent vergütet. Turmarbeiten über 30 Meter Mauerwerk, wobei kein Schutzgerüst erforderlich ist, wird den Außenarbeitern bei 8-stündiger Arbeitszeit mit 1,20 Mark bezahlt.

Sobald die Arbeitsstelle über die alte Stadtgrenze hinaus liegt, wird für jeden Tag die einmalige Hin- und Rückfahrt vergütet. Bei auswärtigen Arbeiten, die Ueberstunden nötig machen, wird Verheirateten und Borarbeitern eine Zulage von 2,50 Mark, Ledigen eine Zulage von 1 Mark pro Tag bezahlt und außerdem eine einmalige Hin- und Rückfahrt vergütet. Bei Arbeiten über die Stadtgrenze hinaus, wo die Rückkehr abends erfolgen kann, wird außer einer einmaligen Hin- und Rückfahrt für die Mittagspause entweder Fahrgehalt, oder eine Vergütung von 80 Pfg. gewährt. Beträgt die Fahrzeit mehr wie eine halbe Stunde, oder für solche Leute die bei im Landkreise anässigen Meistern beschäftigt sind, die Fahrzeit mehr als 1/4 Stunden - ca. 4 Kilometer - so wird dieselbe als einfache Arbeitszeit bezahlet.

Donnerstags abends ist Wochenschluß. Lohnzahlungen finden Freitags nach Schluß der Arbeit statt. Kündigungszeit ist nicht vorgesehen.

Schutzgeräte werden nach Vorschrift der Baugewerkschaft vom Arbeitgeber gestellt. Jeder Geselle haftet für das ihm überlieferte oder in Gebrauch genommene Werkzeug, von dessen Zustand er sich zu überzeugen hat.

Als vertragsabschließende Organisation ist zum ersten Male auch unser Verband vertreten. Dies wird den Klempnern Veranlassung geben, ihrer Organisation - dem christlichen Metallarbeiterverband - durch eifrige Mitarbeit, die noch abseits stehenden Berufskollegen zuzuführen.

Zum Abschluß der Kunst- und Bauhölzer in Frankfurt a. M.

Der zwischen dem hiesigen Verband der Kunst- und Bauhölzereien und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag wurde von der letztgenannten Organisation am 31. August ds. Jz. gekündigt. Um den in unserem Verbandsorganisierten Kollegen der Schloßerei- und Tischlerei das Mitbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung bei dem bevorstehenden Abschluß des Tarifes zu sichern, nahmen auch wir Stellung zu der neuen Situation. Der Vertreter unseres Verbandes beantragte in der vom sozialdemokratischen Verband einberufenen öffentlichen Bauhölzererversammlung, welche über den einzureichenden Tarifentwurf beschließen sollte, unseren Kollegen in der Siebenerkommission eine Vertretung einzuräumen. Der Antrag wurde abgelehnt. Wenn man aber geglaubt hat, uns als Vertragspartei umwichtig gemacht zu haben, so sollte man bald eine andere Ansicht erhalten. Unsere Kollegen waren nicht gewillt, ihre Interessenvertretung durch einen Mehrheitsbeschluß des roten Metallarbeiterverbandes ausschalten zu lassen. Wir richteten an den Verband der Kunst- und Bauhölzereien den Antrag, die in den Schloßereibetrieben beschäftigten christlich organisierten Arbeiter resp. deren Vertreter zu den Tarifverhandlungen einzuladen.

Die Arbeitgeber hatten mehr Gerechtigkeitsgefühl, wie die „Kollegen“ roter Couleur. Sie erkannten die Berechtigung unserer Wünsche an und eruchten um Einreichung unserer Vorschläge.

Trotz des Einspruchs des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der uns sowohl, wie dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein die Gleichberechtigung bestritt, wurde in der Vorbesprechung ein Einverständnis bezuglich der gemeinsamen Verhandlungen und des gemeinsamen Tarifabschlusses erreicht.

Anders war allerdings die Sache bei den offiziellen Verhandlungen. Wiederholt kam es zu den schärfsten Auseinandersetzungen, bis endlich der rote Verband einsah, daß für Ausschaltungsbestrebungen kein Boden war. Nach tagelangen, schwierigen Verhandlungen kam schließlich eine Verständigung zwischen allen Organisationen zustande und damit auch der definitive Abschluß des neuen Tarifvertrags, der schöne Ergebnisse zeitigte.

Die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit wurde im Prinzip anerkannt, sie tritt am 1. 7. 15 in Kraft. Die Erhöhung der Mindestlöhne beträgt für die gelernten Arbeiter mit Ausnahme der Neuausgelernten 3-4 Pfg. Die ungelernen Arbeiter erhalten mit Ausnahme der 17- bis 19jährigen 2 Pfg. mehr. Für Ueberstunden werden, wie bisher 25 Proz. vergütet. Ueberstunden werden zwei Stunden über die normale Arbeitszeit gerechnet, abdann beginnt die Nacharbeit; für diese werden 50 Proz. vergütet.

Bezüglich der Montagearbeiter sieht der neue Tarif die Werkstatte als Ausgangspunkt an. Bis zu 5 Kilometer (Luftlinie) muß die Arbeitszeit eingehalten werden, jedoch erhält der Arbeiter falls die Entfernung mehr als 2 Kilometer beträgt, das Fahrgehalt vergütet. Beträgt die Entfernung mehr als 5 Kilometer (Luftlinie), wird Fahrgehalt und Fahrzeit vergütet, außerdem eine Zulage von 50 Pfg. pro Tag bezahlt. Auswärtige Montagen werden, wenn es dem Arbeiter möglich ist, abends seine Wohnung zu erreichen, neben Fahrgehalt und Fahrzeit, mit 1,25 Mk. pro Tag vergütet. Die Vergütung von Montagen, bei welchen der Wohnort abends nicht zu erreichen ist und übernachtet werden muß, beträgt pro Tag: für ledige Arbeiter 3 Mk., für verheiratete Arbeiter bei Montagen bis 6 Tage 3,50 Mk., für verheiratete bei längerer Dauer der Montage 3,25 Mk.

Von allgemeinem Interesse ist noch der Paragraph 7, der neu geschaffen wurde. Er verbietet den Arbeitern die Beanstandung anderer oder nichtorganisierter Arbeiter und schützt dem Arbeitgeber das Recht der Einstellung und Entlassung von Arbeitern nach freiem Ermessen. Er befragt ferner, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation kein Grund zur Entlassung sein darf. Weiter untersagt der Paragraph 7 dem Arbeitgeber, vom Arbeiter den Austritt aus der Organisation zu verlangen.

Paragraph 8 sichert unseren Kollegen bei Differenzen, die aus dem Tarif entstehen, eine Vertretung vor der Schlichtungskommission.

Erwähnung verdient noch, daß die Arbeitgeber Gegenwärtige eingereicht, die wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem feierlich geltenden Tarif enthielten, wodurch die Verhandlungen erschwert wurden. Zu wiederholten Malen schien eine Verständigung fast unmöglich. Doch, der beiderseitige aufrichtige Wille zur friedlichen Verständigung war vorhanden und so konnte am 2. September der Vertrag unterzeichnet werden. Der Tarif hat Geltung vom 1. September 1913 bis 31. August 1916 bei dreimonatlicher Kündigung.

Wenn man bedenkt, daß die Vorteile in friedlicher Verständigung erzielt wurden, dann haben die beteiligten Kollegen Veranlassung, sich des Erfolges zu freuen. Der Erfolg ist umso bedeutungsvoller und verdient auch anderwärts Beachtung, weil es zum ersten Male gelungen ist, die Herrschaft des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auf dem Gebiete der Tarifpolitik in Frankfurt a. M. zu brechen und den nichtsozialdemokratischen Metallarbeitern eine Gasse zu bahnen.

Das aber muß unseren Kollegen erneut Veranlassung sein, energisch für die Stärkung ihrer Berufsorganisation, den christlichen Metallarbeiterverband, einzutreten. Nicht nur die erklämpfte Position ist zu behaupten, sondern bei späteren Bewegungen müssen weitere Verbesserungen erklämpft werden. Die Gleichberechtigung, die uns bei der Zusammenlegung der Schlichtungskommission versagt blieb, müssen wir bei der kommenden Bewegung in drei Jahren erlangen. Das werden wir erreichen, wenn die Kollegen in den Schloßereibetrieben von Frankfurt a. M., die noch fernstehenden Kollegen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zuführen. Damit sichern wir das erklämpfte Mitbestimmungsrecht unserer Kollegen, was auch der gesamten christlichen Arbeiterschaft in Frankfurt zugute kommt.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Hamburg. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik.

Samn. Die Gießereiarbeiter der Westfälischen Ferd- und Ofenfabrik vormals Wilms haben wegen Differenzen die Kündigung eingereicht.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Ahenania stehen die Arbeiter im Streik.

Das Stahlwerk Krüger in Oberkassel ist für Former und Reinnmacher gesperrt.

Selsenkirchen-Schalke. Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böter & Comp., bestehen Differenzen im Fein- und Mehrfachzug.

Freudenberg i. Baden. Die Firma Haaman ist gesperrt.

Essen-Berge-Vorbeck. Auf der Bluthütte in Berge-Vorbeck sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. Sept. der neununddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. September 1913 fällig.

Militärunterstützung betreffend.

Bei der Auszahlung der Militärunterstützung an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen

kommen eine Reihe von neuen Ausführungsbestimmungen in Betracht, die unsere Verbandsfunktionäre genau beachten wollen. Und zwar darf

Militärunterstützung an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen nur nach Anweisung der Hauptverwaltung ausgezahlt werden. Es ist dazu auf besondere Formulare - die von der Hauptverwaltung allen Verwaltungsstellen zugestellt werden - ein besonderer Antrag zu stellen. Falls das Mitgliedsbuch noch nicht während der Dienstzeit bei der Hauptverwaltung zur Aufbewahrung war, ist das Mitgliedsbuch zugleich mit dem Antrag einzusenden. Die Anweisung der Unterstützung, deren Höhe sich nach der Mitgliedschaftsdauer richtet, erfolgt dann umgehend an die antragstellende Verwaltungsstelle.

Ohne Anweisung der Hauptverwaltung ausgezahlte Unterstützung wird nicht anerkannt.

Die zum Militär eintretenden Kollegen mögen nachstehende Bestimmungen genau beachten:

Die Kollegen haben selbst dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitgliedsbücher - bis zur letzten Woche geklebt - sofort beim Eintritt ins Militärverhältnis an die Hauptverwaltung geschickt werden. Ebenso sollen sie selbst ihre Militäradresse - Garnison, Regiment, Kompagnie usw. - der Hauptverwaltung mitteilen.

Wer nicht rechtzeitig Buch und Adresse eingesandt hat, kann Militärunterstützung nicht erhalten.

Die Verbandsfunktionäre seien darauf aufmerksam gemacht, daß beim Eintritt zum Militär keine Unterstützung ansgezahlt werden darf. Die erste Rate wird den Kollegen zu Weihnachten des ersten Dienstjahres von der Hauptverwaltung direkt zugesandt.

Der Verwaltungsstelle Köln wird genehmigt, den bestehenden Lokalschlus von 10 Pfg. auch auf die Zugzugsklasse ab 1. Oktober zu übertragen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. Die christlichen Gewerkschaften brachten für die Arbeiter der eisernen Saargruben die Realisationsfreiheit. Diese Freiheit benutzen nun einige Arbeitergruppen zur Gründung kleiner Lokalorganisationen. So auch die Fördermaschinen. Statt auf dem Boden einer Zentralorganisation aufzubauen, die ein viel größerer Gewinn

zu Gunsten der Arbeiterinteressen in die Waagschale werfen kann, zerplittern diese Leute nutzlos ihre Kräfte. Sehr bald fallen diese Gebilde in sich zusammen, wie sich das beim Maschinisten-, Feizers- und Grubenhandwerker-Berein gezeigt hat. Erreicht ist dann nur das eine, daß die Leute vielfach organisationsmüde gemacht wurden.

Wo Sozialismus und Kältegeist zur Grundlage einer Organisation gemacht wird, kann kein Idealismus gedeihen, der unumgänglich notwendig ist, um den Arbeiterstand vorwärts zu bringen. Einer für alle, und alle für Einen! Unter dieser Devise arbeitet der christliche Metallarbeiter-Verband unter den Beschemmetallarbeitern. Er kennt keine Trennungspunkte zwischen Fördermaschinen und den anderen Betriebsmaschinen, ebenso wenig zwischen Maschinisten, Feizern und Grubenhandwerkern. Vielmehr weist er darauf hin, daß alle diese Arbeitergruppen ein gemeinsames Interesse haben, nämlich: die Verbesserung ihrer Lage.

Die Fördermaschinen ließen in ihrer letzten Versammlung den Vorarbeiten der Kgl. Bergwerksdirektion hochleben, sie hoffen nur von ihm die Erfüllung ihrer Wünsche. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Bergwerksdirektion ein wichtiges Wort bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitpricht. Die Direktion wird sich aber durch ein Hoch nicht veranlassen lassen, die Fördermaschinen zu Bantzen zu machen. Allgemein wird anerkannt, daß der christl. Metallarbeiter-Verband mit Erfolg die Interessen der Beschemmetallarbeiter wahrzunehmen hat. Die Herabsetzung der Altersgrenze zur Erreichung des Höchstlohnes, auf welche sich heute die Fördermaschinen berufen, ist aber nicht durch ein Hoch auf die Bergwerksdirektion erreicht worden, sondern durch den christlichen Metallarbeiterverband und die opferfreudige Mitarbeit der Kollegen einer Organisation.

Würden alle Beschemmetallarbeiter vom Fördermaschinen haben in dieser Organisation, es könnte mehr erreicht sein. Das sollten sich alle diejenigen merken, die jetzt wieder Klagen über zweierlei Maß in der Entlohnung (Neunkircher Holzszig.) vorwärts bringen kann die Arbeiter nur die Solidarität. Beschemmetallarbeiter, ist Solidarität und treibt praktische, opferfreudige Mitarbeit im christlichen Metallarbeiter-Verband.

Godsberg. Am Sonntag, den 31. August wurden hier die Wahlen der Ausschussmitglieder zur Allgemeinen Ortskrankenkasse getätigt. Abgegeben wurden 790 Stimmen, davon zwei ungültige. Auf die Liste A der „sozialdemokratischen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften“, welche, wie gewöhnlich, zusammenhängen, fielen 266, auf die Liste B der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ 522 Stimmen. Die freien und Hirsch-Dunderschen erhalten danach 10 Vertreter und 20 Ersatzvertreter und die christlich-nationale Arbeiterschaft 20 Vertreter und 40 Ersatzvertreter. - An der Wahl beteiligten sich 331 weibliche und 459 männliche Personen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Zahl der männlichen Massenmitglieder, die der weiblichen erheblich übersteigt, so muß man den Eifer der Frauen bei der Sache loben, aber die Schamhaftigkeit vieler Männer um so mehr tadeln, welche es nicht für nötig finden, ihr Wahlrecht auszuüben. Mit dem Gesamtergebnis kann die christlich-nationale Arbeiterschaft zufrieden sein.

Hohenlimburg. Allmählich scheint auch in unserer hiesigen Ortsgruppe wieder frisches Leben zu pulsen. Demis dafür gab eine Versammlung, welche wir am 7. Sept. abhielten. Die Ausführungen des Kollegen Meiß-Hagen waren nicht nur insofern von Interesse, als er die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und besonders in christlichen Gewerkschaften darlegte, sondern auch deshalb, weil er auf die beendete Bewegung bei den „Bereinigten Walz- und Röhrenwerken des näheren einging.

Kollege Meiß begriffte es, daß es durch das Eingreifen der Behörden - Bürgermeister, Landrat und Regierungspräsident - recht schnell zum Frieden gekommen sei. Bei der Bewegung auf der „Wurag“, wie kurz die Firma genannt wird kamen christlich organisierte Arbeiter nicht in Frage. Was organisiert war, gehörte dem deutschen, d. h. dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an. Trotzdem freuen wir uns des Erfolges der Arbeiter, mag er auch nur minimaler Natur sein. Bei der Gelegenheit hätte der christliche Metallarbeiterverband Vergeltung üben können für den Betrat, den vor wenigen Monaten die Sozialdemokraten an streikenden Arbeitern in Menden verübt haben. In Menden war es derselbe rote Metallarbeiterverband, der die allerstumpfigsten Waffen für wertvoll genug hielt, um sie zu verwenden; Gelbe konnten nicht schlummer haufen wie die Genossen in Menden, dort, wo keine sozialdemokratische, sondern christliche Arbeiter in Frage kamen. Es braucht ja nur daran erinnert zu werden, daß der „Streikleiter“ vom Hohenlimburger Kampf, der Genosse Hofmeister, Jerslohn, wegen Menden zweimal mit ganz exemplarischen Geldstrafen belegt wurde wegen Beleidigung christlicher Führer. Dabei hatte Hofmeister sogar selbst die Prozesse anhängig gemacht, d. h. er trat als Kläger auf. Obgleich dieser Mann schon ganz nervös wurde, als er während einer Hohenlimburger Streikversammlung einen christlichen Verbandsvertreter erblickte, für die gesamten Lokaltäten der Genossenschaft das Hausrecht verlangte, um mißliebige Gegner hinausweisen zu können, haben die Christlichen nicht mit der Diefierung von Streikbrechern gedroht wie es Genossen damals in Menden getan haben. Dafür steht den christlichen Gewerkschaften das Wohl des Arbeiters viel zu hoch.

Wie ernst es den Genossen damit war, die Bewegung zum guten Abschluß zu bringen, für - die Sozialdemokratie - hat man in jeder Versammlung gezeigt. Einmal appellierte man an die Sympathie der Bürgerchaft und im gleichen Atemzuge wurde die bürgerliche Presse verhöhnt. Genosse Böttcher von der Libenscheider „Volkstimme“ hielt die Streikversammlung für gut genug, um - Geschäft, ist eben Geschäft - zum Abonnement auf die - „Volkstimme“ aufzufordern.

Dieses Blatt brachte es auch fertig, die bürgerlichen Parteien für den Streik verantwortlich zu machen; dieselben Angehörigen der bürgerlichen Parteien wurden aber um materielle Unterstützung der Streikenden angebettelt. Wundersam muß man sich nur, daß man den Mut hatte, auf solche Art die Interessen der streikenden Arbeiter wahrzunehmen. Die Arbeiter Hohenlimburgs mögen froh sein, daß der Kampf so schnell zum Abschluß gekommen ist, sie hätten auf alle Fälle die jod. Niedertracht genau so kennen lernen können, wie damals die streikenden Arbeiter in Menden. - In der Diskussion nahm Kollege K. Gelegenheit, die Worte des Referenten zu ergänzen und forderte zum Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband auf. Nicht einverstanden mit dem Zweck der Versammlung war indes ein Genosse. Anscheinend hatte der Mann nur die „Volkstimme“ studiert, er schwafelte nur so drauf los, ganz gleich, ob es der Wahrheit entsprach oder nicht. Sein reiches Wissen entschuldigte er hernach einfach damit, er sei erst kurze Zeit organisiert. Als ihm deshalb dann mißvernde Umstände zugebilligt werden sollten, meinte diese rote Deuchte, schon acht Jahre gehöre er der roten Gewerkschaft an. Nach einer kurzem Widerlegung der vorgebrachten Bügen war der „ehrenwerte“ Genosse ganz geknickt, und wäre am liebsten wohl unsichtbar verschwunden.

Wenn ich auch Blödsinn gesprochen habe, nun, so laß mich schon in Ruhe“, heulte er ganz kleinlaut. Wenn die Wintermänner, die diesen Konfusionsrat ausschickten zum Kampf gegen die Christlichen ihren Fridolin hätten sehen können in seiner ganzen Unbeholfenheit, sie hätten gewiß den „Schwarzfeller“ bekommen haben. Wer so sind ihm einmal die Genossen.

Hoffentlich werden die auf christlich-nationalem Boden lebenden Metallarbeiter aus dieser Versammlung die richtige Aufgabenstellung ziehen und in den christlichen Metallarbeiterverband eintreten.

Kollegen von Hohenlimburg! An Euch liegt es nunmehr, die gleichgesinnten Arbeiter aufzufinden. Lange genug haben die Arbeiter Hohenlimburgs geschlafen. Wobin das führt, haben die jüngsten Ereignisse bewiesen. Stärkt den christlichen Metallarbeiterverband.

Essen-Ruhr. Die Arbeiter der Zinkhütte in Bergeborbeck schlossen sich anlässlich eines wilden Streiks, wie wir in Nr. 24 berichteten, zum größten Teil unserem Verbande an; die damalige Bewegung hatte einen für die Arbeiter günstigen Abschluss in der Folge. Die Organisation richtete jetzt ihr Augenmerk darauf, die Zinkhüttenarbeiter zu Gewerkschaftlern zu erziehen und versuchte in verschiedenen Betriebsversammlungen, ihnen die Grundbegriffe der gewerkschaftlichen Organisation beizubringen, der Erfolg war nicht schlecht. In diesen Versammlungen gelangten selbstverständlich auch die Uebelstände im Betriebe zur Besprechung. Es zeigte sich hierbei, wie notwendig ein planmäßiges Vorgehen zur Befreiung derselben war. Außer dem Strafsystem und der Behandlung durch einzelne Vorgesetzte waren die Schmelzer mit der Festlegung der Löhne nicht zufrieden. Sie wünschten, daß der Unterschied zwischen den Löhnen der Großhändler und der Kleinhandlöhler beseitigt und weiter der Unterschied zwischen dem Lohne der Letzteren und den Löhnen der übrigen Leute nicht mehr als 50 Pfg. betragen solle. In verschiedenen Versammlungen wurden diese Fragen besprochen und beschlossen, vorstellig zu werden. Ferner sollte Beschwerde geführt werden, weil die einzelnen Dosen in der letzten Zeit 40 Kilogramm Ladung mehr bekommen hätten, ohne daß die Arbeiter davon in Kenntnis gesetzt worden wären.

Der Direktor ging auf die Wünsche der Arbeiter nicht ein, vielmehr erschien ein Anschlag, nach welchem auf Anordnung des Zinkhüttenrats zum 1. September 2-3 Dosen gelöst und deswegen 12-18 Schmelzer entlassen werden müßten. Bezeichnender Weise hieß es weiter im Anschlag: „Ich gebe dies jetzt schon bekannt, damit bei der Kündigung, die dieser Tage erfolgen muß, nicht von Maßregelungen gesprochen wird.“ Im Anschlag daran wurden zwei Arbeiter sofort gekündigt, einer von ihnen, weil er in der Versammlung unwahre Angaben über seine Lohnberechnung gemacht haben soll. Dann wurden am 30. August abermals fünf Kollegen und nach Angabe der Vorgesetzten gerade die tüchtigsten Arbeiter gekündigt. Infolgedessen klagte die Unruhe in der Arbeiterchaft immer höher, in einer weiteren Versammlung meldeten sich vier Kollegen, die für vier der gekündigten Kollegen, von denen drei verheiratet waren, einzutreten wollten. Als dies die Kollegen dann der Werksleitung meldeten, hieß es: „Ich brauche keinen Ersatz. Ihr wißt ja genau, weshalb diese Leute gekündigt sind. Das waren damals die Aufwieglert und ich habe jetzt die Gelegenheit benützt, um die zu kündigen und ihr seid hiermit auch gekündigt.“

So handelt eine Verksleitung, die beim Abschluss der Bewegung versprochen hatte, daß Entlassungen aus Anlaß der Differenzen nicht stattfinden sollten. Eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern wurde abgelehnt. Letztere wendeten sich an die Bürgermeisterei Borsbe um Vermittlung in dieser Angelegenheit. Leider blieben die Vermittlungsversuche erfolglos.

Den Organisationen blieb mithin kein weiterer Weg offen, als die ganze Angelegenheit der breitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Am Freitag, den 12. September, fand in Bergeborbeck eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt. Kollege Babberg legte den Werdegang der Bewegung in ruhiger, sachlicher Weise dar und kennzeichnete das Verhalten der Firma. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in welcher das Verhalten der Verksleitung, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen will, mißbilligt wird. Weiter wird den Arbeitern darin die volle Sympathie ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Leitung der Zinkhütte Velle Montagne das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter unangefastet läßt, damit ein fruchtbares Zusammenarbeiten möglich wird.

Silbesheim. Den Terror, der von Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei der Firma Senking gegen christlich organisierte Metallarbeiter verübt wurde, haben wir in Nr. 31 eingehend beleuchtet. Ganz besonders wandten wir uns gegen die Schändlichkeiten, welche die Genossen Rudolf und Kojenberg gegen einen jugendlichen Arbeiter verübt haben. Diese Feststellungen wurden im sozialdemokratischen „Volkswillen“ (Nr. 175/1913) von dem Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Silbesheim, dem Genossen Brandenburg, als unwahr und stark übertrieben hingestellt. In Bezug auf unseren jugendlichen Kollegen schrieb Genosse Brandenburg im „Volkswillen“ wörtlich:

„Zunächst muß mitgeteilt werden, daß A. auf seiner früheren Arbeitsstelle, in der Maschinenfabrik A. Diefel, hier, wegen Ungehorsamkeit und Faulheit entlassen wurde.“ Wie leichtfertig Genosse Brandenburg aber mit der Wahrheit umgegangen ist, zeigt eine Richtigstellung, die derselbe Genosse Brandenburg im „Volkswillen“ (Nr. 200/1913) veröffentlichten mußte; darin hieß es:

„Zur Richtigstellung. Unterzeichneter erklärt hiermit, daß er die in Nr. 175 des „Volkswillen“, vom 29. Juli 1913 gemachte Behauptung, der jugendliche Mielmeyer sei von seinem früheren Arbeitgeber, dem Herrn Diefel, wegen Faulheit und Ungehorsamkeit entlassen worden, nach den erfolgten Aufklärungen nicht aufrecht erhalten kann, vielmehr sich davon überzeugt hat, daß A. selbst seine Entlassung genommen hat.“

Ernst Brandenburg. Der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Silbesheim muß sich also öffentlich selbst beschuldigen, sogar in seinem roten Leiborgan, daß er in leichtfertiger Weise die schwersten Vorwürfe gegen einen unbescholtenen Arbeiter erhoben hat, für die er nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte.

Die großen Fortschritte, die unser Verband in den letzten Wochen in Silbesheim gemacht hat, beweisen, daß die Metallarbeiter in ihrer großen Mehrheit die Kampfweise des sozialdemokratischen Verbandes verabscheuen. Der christliche Metallarbeiterverband wird auch weiterhin seine Mitglieder gegen Übergriffe und Gewalttätigkeiten der Genossen zu schützen wissen.

Kollegen von Silbesheim! Erlahmt nicht in der Agitation für unseren Verband! Zeigt der Silbesheimer Metallarbeiterchaft das wahre Gesicht des roten Verbandes! Im christlichen Metallarbeiterverband werden die Interessen der Metallarbeiter voll und ganz vertreten.

Worms. (Selbes.) Anlässlich der bevorstehenden Wahlen für die Betriebskrankenkasse der Westfälischen Stahlwerke in Weimar hielt unser Verband gemeinsam mit dem Arbeiterverein für die Arbeiter genannten Werkes Versammlungen ab. In denselben redete Arbeitersekretär Kollege Hirt über die Bedeutung der bevorstehenden Auswahlgewahlen für die Krankenkassen, und empfahl den Anwesenden dringend, dafür zu sorgen, daß tüchtige, rüchgratige Kollegen in den

Ausschuß gewählt würden, damit auch ihnen die Verbesserungen, welche die Reichsversicherungs-Ordnung bringe, zu teil würden.

Interessant gestaltete sich die Diskussion in einer Versammlung, an der verschiedene Gelbe teilgenommen haben. Einer von ihnen meinte (mehr ehrlich als gelb): Eine Vorstandsbesprechung der Krankenkasse sei vom Vorsitzenden geschlossen worden, als die Vertreter Beschwerten hätten vorbringen wollen. Der gute Mann scheint die gelben „Grundzüge“ nicht zu kennen. Diese sehen doch nach allem, was von ihnen bekannt geworden ist, kein Beschwerte- und Kritikrecht vor, weil „Anfriebe verkehrt“, wie es am Kopf des Essener Gelbenblattsens u. a. auch heißt. Daß dieser „Kritiker“ beim letzten gelben Stiftungsfest keine „Auszeichnung“ bekommen hatte, ist gewiß kein Unglück.

Als Hauptredner hatten sich die „Gelben“ einen besonders „befähigten“ Kollegen ausermählt. Zunächst redete dieser radikale Löwe über die bisherigen Vertreter im Vorstand der Kasse, die er als Gipsfiguren bezeichnete. (Was wird dazu der Herr Kassenrentant sagen?) Dann erging er sich, unter dem Widerspruch der Versammlung, in einer ganz gewöhnlichen Anklage des Christentums und redete sich schließlich in eine solche Mut hinein, unter Beschimpfung der Gewerkschaftsführer, daß er auf Beschluß der Versammlung herabgewiesen werden mußte. Die Versammlung war einzig in der Beurteilung des unqualifizierbaren Benehmens des gelben „Führers“. Selbst der anwesende Vorsitzende der Gelben rief seinem Bundesbruder dringend, das Lokal zu verlassen.

Diese Produkte der gelben Erziehungsarbeit haben den anwesenden Arbeitern gezeigt, wozu die gelbe Reize geht. Aufseherliche christlich-nationale Arbeiter bedauern sich darum für die gelben Vereine, die treten vielmehr den christlichen Arbeitern bei.

Uppstadt. Bei den am 8., 9. und 10. September stattgefundenen Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse errang die vom christlichen Gewerkschaftsartel aufgestellte Liste einen glänzenden Sieg. Von 2000 Wahlberechtigten übten 1610, also 80 Prozent, ihr Wahlrecht aus. Die christliche Liste erhielt 1308 Stimmen und 49 Vertreter, die sozialdemokratisch-Hirsch-Dunderliche Liste 299 Stimmen und 11 Vertreter.

Der Ausfall der Wahl bedeutet für die Genossen und die mit ihnen verbündeten Hirsche eine blamable Niederlage. Während den Genossen früher von den christlichen Arbeitern freiwillig 10 Vertreter zugewilligt worden waren, glaubten sie jetzt, mehr beanspruchen zu können. Trotz ihrer Anstrengung haben die beiden Richtungen jetzt nur 11 Vertreter erreichte. Das ist für sie ein geradezu fägliches Resultat. Der Ausgang der Wahl zeigt, was planmäßige, intensive Arbeit vermag.

Unsere maderen Vertrauensmänner, die sich mit rühmender Trabour betätigten, können mit Genugtuung auf diese Wahl zurückblicken. Jetzt muß die günstige Stimmung, die durch die Wahl ausgegost worden ist, zur eifrigeren Werksarbeit für unseren Verband benützt werden.

Literarisches

Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Von Dr. Franz Hise, o. ö. Prof. in Münster i. W., M. d. R. Mit Beiträgen von Geh. Oberregierungsrat Dr. Würmeling, M. d. Br. A. Berlin, und Sanitätsrat Dr. Fakhender, Berlin-Südende, gr. 8° (124) M. Gladbach 1913, Volkvereins-Verlag Gmbh. M. 1.60, postfrei 1.80 M.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Staatliches Reglementieren und private Anselbständigkeit. I. Die staatliche Genehmigung privater Betriebe. II. Die staatliche Kontrolle privater Betriebe. III. Die staatliche Regelung privater Betriebe. IV. Die Verstaatlichung privater Betriebe. Zweiter Teil: Der Kampf um die Rente. I. Unerwünschte Folgen der Rentenversicherung. II. Das Recht des Arbeiters auf Rente. Wirkungen auf den Volksharakter und die Volkskraft. 3. Allgemeine Kritik. 2. Unfallneurose - Rentenhygiene. 1. Verlängerung der Heilungsdauer; Lebertreibung und Simulation. 4. Ergebnis. Dritter Teil: Der parteipolitische Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen. I. Die Parteiherrschaft. II. Die Grenzen der Sozialpolitik. Vierter Teil: Die gegensätzlichen Wirkungen unserer Sozialpolitik. I. Grundgedanke und Ziel der Arbeiterversicherung. II. Leistungen der Arbeiterversicherung. III. Die Wirkungen des Arbeiterchutzes und der Arbeiterversicherung für die gesundheitliche Hebung des Arbeiters. IV. Wirtschaftliche und kulturelle Hebung unseres Volkes.

Prof. Dr. Hise, einer der Mitstöpfer des großen Wertes der deutschen Sozialreform, unternimmt in vorliegender Abhandlung eine kritische Würdigung der Tendenzschrift von Bernhardt, Prof. in Charlottenburg. Mit tiefer Ueberzeugungskraft, verbunden mit sachlicher Ueberlegenheit, die auf mehr als dreißigjähriger, unermüdlicher, parlamentarischer Wirksamkeit und Erfahrung beruht, nimmt Prof. Hise gegen Bernhardt Stellung. Dieser sucht vergeblich durch glänzende Form der Darstellung über die innere Dürftigkeit und Unzuverlässigkeit hinwegzutäuschen. Sein Spott und seine schönen Worte zerfallen an den Tatsachen, die in Prof. Hise's Buch anhalten sind. Die Wirkungen des Arbeiterchutzes und der Arbeiterversicherung, für die Bernhardt nur Spott und Hohn hat, werden von Prof. Hise mit tiefem Ernst gewürdigt und ihre Folgen für die gesundheitliche Hebung des Arbeiters, voll und ganz gewürdigt. Durch das Buch Prof. Hise's wird der Einspänner Bernhardt, der gegen unsere gesamte Sozialreform und selbst gegen die Bundesratsverordnung für die Grobkettenindustrie zu Felde zog, gründlich außer Kurs gesetzt.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse.

Monat August.

- Alme 253.18, Basseralfingen 1125.54, Hanau 72.46, Heß 634.95, M. Gladbach 865.61, Sonthofen 51.99, Dipe 385.36, Braunschweig 88.53, Bielefeld 1100.—, Lebach 52.20, Solingen 600.—, Schweiler 118.—, Ludwigshafen 222.51, Essen 6683.53, Siegen 811.16, Hamm 232.37, Hlensberg 629.86, Duderstadt 33.31, Trübing 122.90, Hannover 715.42, Stuttgart 528.21, Schweinfurt 3.20, Lauterbach 44.10, Pforzheim 30.—, Worms 39.85, Frankfurt a. M. 1499.63, Bonn 252.70, Passau 52.36, Hötensleben 97.27, Güttenbach 216.50, Düsseldorf 1017.95, Singen 333.65, Güttenbach 5.—, Solingen 576.86, Barmen 556.60, Elm 160.—, Neuwied 91.55, Furtwangen 268.77, Crefeld 700.—, Eßlingen 188.06, Kattowiß 215.24, Bromberg 75.—, Pforzheim 1000.—,

- Diaberg 790.30, Falkau 275.83, Gevelsberg-Schweinfurt 500.—, Rottweil 61.52, Adolfszell 150.—, Wolfenbüttel 75.27, Schweinfurt 500.—, Theresienhütte 22.44, Rastatt a. S. 97.43, Lüdenscheid 76.43, Aachen 1600.—, Marmheim 500.—, Schuffenried 153.42, Cöln 1600.—, Frankenthal 229.65, Berlin 200.—, Cuxen 129.08, Mergel 2.40, Düsseldorf 1200.—, Freiburg 223.78, Paderborn 700.—, Borch-Sletten 24.23, München 665.57, Tübingen 80.—, Berlin 300.—, Sagen 1000.—, Rehe 1600.—, Solingen 1000.—, Hannover 200.—, Radeberg 1600.41, Solingen 1000, Hannover 200.—, Radeberg 240.—, Dier 100.—, Lüdenscheid 200.—.

Sterbetafel.

- Quisburg-Samborn.** Unser treuer Vertrauensmann Kollege Matthias Hübels starb im Alter von 23 Jahren an einem Lungenleiden.
- Quisburg.** Der Kollege Adam Wagner starb im Alter von 43 Jahren an den Folgen eines tödlichen Unfalles in Pforzheim. Unser Kollege Johann Franz Kurze starb am 22. August im Alter von 58 Jahren an Herzleiden.
- Menden.** Am Samstag, den 6. September ist unser Kollege Heinrich Velerke im Alter von 53 Jahren tödlich verunglückt.
- Quisburg-Buchholz.** Unser Kollege J. Radmann starb am 22. August im Alter von 21 Jahren tödlich verunglückt.
- Roß.** Unser Kollege J. Fehrl starb am 1. September im Alter von 48 Jahren an einer Leberkrankheit. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Samstag, den 20. September.

- Rauhen.** Abends 8.30 im Albrechtshof.
- Crefeld.** Selbungsmonat und Helfer. Punkt 8.30 im Lokale der Gewerkschaften, Vortragsabend.
- Crefeld-Stadt.** Abends 9 Uhr in der Reichshalle Vortrag über die Bedeutung des Winterprogramms.
- Crefeld-Bochum.** Abends 9 Uhr bei Singer an der Straße.
- Düsseldorf-Bilf-Friedrichstadt.** Abends 9 Uhr bei Mengwohl.
- Düsseldorf-Silben.** Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser-Wilhelm-Platz.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Punkt 8.30 Refruten-Abendessen in den Sälen des Paulinshauses. Alle Kollegen nebst Angehörigen sind herzlich willkommen.
- Duisburg.** Abends 8 Uhr Refrutenabschiedsfest im St. Josephs-Löwenhof. Wir erwarten, daß alle Kollegen erscheinen. Die Mitglieder der Jugendabteilung haben hierzu freien Zutritt.
- Dortmund.** Abends 8 Uhr 10jähriges Stiftungsfest in den Sälen des königlichen Hofes. Festredner: Landtagsabgeordneter J. Gronowski. Es wird die vollständige Teilnahme der Mitglieder und deren Familienangehörigen erwartet.
- Essen-Gleichenmonteure und Gilsfonteure.** Abends 8.45 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rottstraße 10.
- Essen.** Klempner und Installateure. Abends 8.45 Uhr in der „Bürgerhalle“, Rottstraße.
- Espe-Deffern.** Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Keller, am Rottstraße-Deffern.
- Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7.
- Halbe.** Abends 8.30 bei Thomas, Wörberstr. 16.
- Hilf-Chrenfeld.** Abends 8.30 bei Blittkamp, Venloerstraße.
- Hilf-Deuf.** Abends 8.30 zur Krone, Freiheitstraße 19.
- Hilf-Deuf.** Abends 8.30 bei E. Hofenbahl, Wörberstr.
- Pforzheim-Stadt.** Abends 8 Uhr im Lokal Untere Auguste 20.
- Regensburg.** Abends 8 Uhr in der Jakobimerviertheke.
- Stuttgart-Gannstadt.** Abends 8.30 Uhr im Lokal des evangelischen Arbeitervereins.
- Stuttgart.** Abends 8.30 im römischen König.

Sonntag, den 21. September.

- Essen-Gut- und Wagenriede.** Abends 8.45 in der „Bürgerhalle“, Rottstr. 19.
- Essen-Altessen.** Abends 7 Uhr bei Esser.
- Essen-Berge-Borbeck.** Vorm. 11 Uhr bei Knepper.
- Essen-Frohhausen.** Abends 7 Uhr bei Potgieter.
- Essen-Seegeroth.** Vorm. 11 Uhr bei Langenberg.
- Berlin-Ober-Schönweide.** Vorm. 11.30 Uhr bei Ollsch.
- Westerbeide.** Vorm. 11 Uhr bei Hennemann, Karlsstraße.
- Düsseldorf-Fingern.** Vormittags 10.30 bei Wöcker, Höffelstr.
- Düsseldorf-Gerresheim.** Vorm. 11 Uhr im „Roten Hahn“ Gröningerstr. 78.
- Düsseldorf-Neuf.** Vorm. 11 Uhr bei Flog, Nieberstr.
- Sülten.** Abends 10.30 bei Rümelen am Markt.
- Dortmund-Deffern.** Vormittags 11 Uhr bei Nagel.
- Dortmund-Bitten.** Vorm. 10.30 bei Wiede, Augustastr.
- Jugolstadt.** Vorm. 10 Uhr im Kathol. Vereinshaus.
- Hilf-Voll.** Morgens 11 Uhr bei Fakhender, Hauptstraße 88.
- Wöhrlinghausen.** Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Vangestr.
- Wanheimerort.** Abends 8 Uhr bei Cassepe, Fühlerstr.

Mittwoch, den 24. September.

- Brem en.** Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1.
- Essenach.** Abends 8.30 Uhr im Weinmarktlichen Hof.
- Dier.** Abends 8.30 Uhr Versammlung bei S. Bod. Tagesordnung: Besprechung zur Knappschaffens-Wahl.
- Weslert-Former.** Abends 8.30 bei Fehlinger, Rottstr. 12.

Samstag, den 27. September.

- Mugsburg-Crischewaldung.** Abends 8 Uhr Versammlung in der Refrutenabschiedsfest in der „Schönenhülle“.
- Berlin.** Abends 8.30 in Sankt Petrus, im Königsgraben.
- Barmen.** Abends 9 Uhr bei Hindermann, Oberbrucherstr. 68.
- Düsseldorf-Bilf-Friedrichstadt.** Abends 9 Uhr bei Mengwohl.
- Düsseldorf-Silben.** Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser-Wilhelm-Platz.
- Samborn.** Abends 8.30 in Biller's Gesellschaftshaus, Rottstraße 2.
- Karlshöhe.** Abends 8.30 Versammlung mit Refrutenabschiedsfest im Palmengarten, Herrenstraße 34a.
- Hilf-Stadt.** Abends 8.30 „Zur Ratsmühle“, Neumarkt 18.
- Hilf-Kalf.** Abends 8.30 bei Hönigsberg, Breuerstr.
- M. Gladbach.** Schlotter, Dreher, Wöhler nfr. Abends 8.30 bei Wöcker, Rottstraße.
- Rehens.** Abends 8.30 bei Reimhaus, Wilhelmstr. 30.
- Weslert.** Abends 8.30 bei Fehlinger Rottstr. 12.
- Würesburg.** Abends 8.30 im Lokale Zim-Hoffmann, Herrenstraße.

Sonntag, den 28. September.

- Boele-Kabel.** Vormittags 11 Uhr bei Schürmann, Hagenerstr.
- Crefeld-Willich.** Abends 8 Uhr bei Krüden, Hauptstraße.
- Düsseldorf-Roth.** Vormittags 11 Uhr bei Fehlinger, Rottstr.
- Düsseldorf-Oberbiff.** Vormittags 11 Uhr bei Wöcker, Rottstr.
- Gelsenkirchen-Neuf.** Vormittags 11 Uhr Versammlung im Refrutenabschiedsfest in der „Schönenhülle“.
- Gladbach.** Vormittags 11 Uhr Versammlung bei Wöcker, Rottstraße.
- Seilgenhaus.** Morgens 11.30 Uhr bei Wöcker, Rottstraße.
- Freiburg.** Morgens 11 Uhr bei Wöcker, Rottstraße.
- Boulheim.** Morgens 11 Uhr bei Wöcker, Rottstraße.
- Neunkirchen.** Abends 8 Uhr bei Schleppl zum „Stern“.

Adressen.

Schw. Gmünd. Das Büro befindet sich ab 1. Oktober Oberbrettingerstraße 3. Bürostunden von 11-1 Uhr und von 4,5-7 Uhr abends.